Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 763.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Unser geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir höflichst, das Abonnement pro 2. Quartal 1886 auf das „Berliner Volksblatt“

mit der Gratisbeilage

„Illustriertes Sonntagsblatt“

baldest, jedenfalls so rechtzeitig aufzugeben, daß ihnen eine Nachzahlung von 10 Pf. Strafbestellgeld erspart bleibt. Außerdem wird durch eine verspätete Bestellung die regelmäßige Zusendung der Zeitung unterbrochen.

Der Abonnementspreis für das „Berliner Volksblatt“ beträgt nach wie vor

4 Mark pro 2 Quartale 1886

bei allen Reichspostanstalten.

Die Expedition des „Berliner Volksblatt“
Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Ein wichtiges Bekenntnis.

Wir lesen in einem konservativen Blatte:

Man muß bekennen, daß in Deutschland die Arbeitseinstellungen im Ganzen friedlich verlaufen und, wie bei dem vorjährigen Maurestreik in Berlin oder dem Formestreik in Leipzig, höchstens einige Einschüchterungsversuche der Arbeitswilligen durch Streikende vorkommen, so nehmen die Streiks bei den romanischen Völkern fast immer den Charakter von Gewaltthätigkeiten an.

Wir freuen uns aufrichtig über dieses Bekenntnis; deshalb wollen wir auch kurz die Gründe angeben, weshalb in Deutschland die Streiks sich von Thätlichkeiten fern halten, weshalb die deutschen Arbeiter nicht so leicht bei Arbeitseinstellungen zu äußeren Gewaltmitteln greifen, wie die Arbeiter in den romanischen Ländern.

Ganz abgesehen davon, daß die Romanen überhaupt heißeres Blut, die Germanen größere Besonnenheit besitzen, liegt der Grund für das Verhalten der deutschen Arbeiter bei Streiks in der besseren Erkenntnis der eigenen Lage und in der besseren Organisation derselben.

Seit Jahren haben wir in Deutschland eine Arbeiterbewegung, welche sich trotz des jetzt zum Oberreichsanwalt avancierten früheren ersten Staatsanwalts in Berlin, des Herrn Lessendorff, und trotz des Sozialistengesetzes noch immer eines innigen Zusammenhangs erfreut, wenngleich die äußere Organisation zerstört ist.

In keinem Lande der Welt werden die Arbeiter, soweit sie sich überhaupt um ihre gemeinsame Lage kümmern,

durch die gleichen Ideen, durch das gleiche Streben so fest mit einander verbunden, wie in Deutschland. Die Macht der Idee, die Arbeiterklasse aus ihren gegenwärtigen Banden zu erlösen, übt eine derartig heilsame Wirkung auf die einzelnen Arbeiter, daß sie sich schämen, Rohheiten und unnütze Gewaltthätigkeiten zu verüben, und so sind durch die Arbeiterbewegung in Deutschland die Arbeiter selbst verständiger und gesitteter geworden.

Man braucht sich nur in die Zeiten vor 25 Jahren zurückzudenken, wo noch das Herbergswesen herrschte und die Arbeiter und Gesellen sich lediglich an einzelnen überflüssigen Formen, am Kartenspiel und an der Flasche ergötzen. Und hatte man sich genügend daran ergötzt, so war es ein verlorener Tag, wenn die Arbeitskollegen sich nicht ordentlich die Köpfe wund schlugen.

In jener Zeit wäre es wahrscheinlich auch bei Streiks, die aber gesetzlich verboten waren, zu Gewaltthätigkeiten gekommen.

Seitdem aber die Arbeiter zum Nachdenken gelangt sind — besonders in Folge der sozialdemokratischen Agitation, wie kein Mensch leugnen kann — da wissen sie, daß sie Besseres thun können, als sich gegenseitig und anderen Leuten die Köpfe einzuschlagen.

Man sieht das am besten daran, daß dort, wo der soziale Gedanke noch keine starken Wurzeln geschlagen hat, z. B. im streng katholischen Oberschlesien am ehesten Gewaltthätigkeiten seitens der Arbeiter vorkommen. Ueberhaupt geschehen dort, wo die sozialistische Bewegung am meisten ausgebreitet ist, wenn man dabei die anderen einschlägigen Verhältnisse unparteiisch ins Auge faßt, verhältnismäßig die wenigsten Verbrechen gegen Leib und Leben der Rebmenschen.

Es ist das auch nicht so unverständlich. Der Sozialismus will ja im Grunde doch nichts anderes sein, als ein Evangelium des Friedens.

Und die Kämpfe, welche nun einmal nothwendig sind, sollen doch in erster Linie Kämpfe des Geistes sein, sie sollen aber unter keinen Umständen ihrer selbst wegen ausgefochten werden — das ist zugestandenermaßen sozialistische Lehre.

Durch solche Erkenntnis aber werden die Gewaltthätigkeiten leicht zurückgedrängt.

Neben der Bedeutung des sozialen Gedankens, neben dem Bewußtsein gemeinsamer geistiger Arbeit der deutschen Arbeiter zur Erringung hoher Ziele, sind es aber auch nicht in letzter Linie die Fachvereinsorganisationen, welche strenge darüber wachen, daß besonders bei Streiks keinerlei Ausschreitungen ihrer Mitglieder vorkommen.

Diese gewerkschaftlichen Organisationen, die den Zweck

haben, die Arbeiter vor Allem auf die nächstliegenden Forderungen zum Nutzen der Arbeiterklasse aufmerksam zu machen, lassen es in Deutschland im Großen und Ganzen auch nicht daran fehlen, in ihren Mitgliedern den idealen Gedanken an die allgemeine Erlösung der Arbeit vom Druck des Kapitals zu nähren und aufrecht zu erhalten.

Dadurch werden die Arbeiter geistig und sittlich gehoben. Sie werden abgelenkt vom Egoismus und an Gemeingefühl gewöhnt. Geistige und sittliche Hebung aber ist das beste Gegengewicht der Brutalität, organisatorische Erziehung hält auch die wildesten Elemente von Gewaltthätigkeiten zurück.

Also die Erziehung der deutschen Arbeiterwelt zur sozialen Erkenntnis und zu verständigen Organisationen, dies ist der Grund, weshalb die deutschen Arbeiter in ruhiger und verständiger Sachlossenheit, mit der sie auch ihre weiteren, ferneren Ziele anstreben, sich bei Arbeitseinstellungen bewegen.

Möge in dieser Hinsicht die gute deutsche Art sich in immer weiteren Kreisen geltend machen, zum Heile der ganzen Menschheit.

Politische Uebersicht.

Täuschung. Die Berliner „Volkszeitung“ schreibt in einer Polemik gegen die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendes: „Wir haben die Sozial-Reformen, welche die Reaktion den Arbeitern bieten kann, für „Krimskrams“ erklärt gegenüber den Sozial-Reformen, welche der Liberalismus ihnen bietet. Und hierüber sind sich glücklicher Weise die arbeitenden Klassen längst vollkommen klar. — Wir glauben, die „Volkszeitung“ befindet sich da in vollkommener Täuschung. Die Arbeiter sind sich allerdings darüber klar, daß die Sozial-Reformen, welche ihnen Reaktion und Liberalismus bieten, „Krimskrams“ sind, aber, daß sie dabei den liberalen Sozial-Reformen, die wohl im Grunde liegen mögen, da sie uns unbekannt sind, den Vorzug geben, davon haben wir nichts gehört. Wir möchten übrigens gern wissen, welche Sozial-Reformen die „Volkszeitung“ meint, die den Arbeitern der Liberalismus bietet. Meint das Blatt die dem Liberalismus vor circa 18 Jahren in den Schooß geworfenen „Errungenschaften“, wie Freizügigkeit, Gewerbefreiheit u. s. w., so sind wir ja mit denselben völlig einverstanden, aber das sind doch keine Sozial-Reformen, welche der Liberalismus den Arbeitern bietet. Gerade der Kapitalismus ist es, der in erster Linie bei diesen „Sozial-Reformen“ das Schöpfchen geschoren hat. Diese sozialen Reformen wurden nebenbei dem Liberalismus damals auf dem Präsentirteller entgegengebracht, worauf derselbe als Äquivalent der Regierung die politische Freiheit opferte. Dank sind deshalb die Arbeiter dem Liberalismus nicht schuldig. Für die der wirtschaftlichen Herrschaft des Liberalismus günstigen Gesetze in den Jahren 1868—1878,

eigentlichen Geschäftsgegenstand ein geeignetes Lokal zu finden, eitel und hallos. Alle verzweifeltsten Empfindungen, die den Gatten und Vater in den Stunden drückendster Nahrungsvorgen überkommen mögen, durchschüttelten ihn fieberhaft, und der kalte Schweiß perlte von seiner Stirn. Zu Hennings zu gehen und um Zurücknahme der Aufkündigung zu bitten, erschien ihm eben so fruchtlos wie lächerlich. Hennings war jovial, wo er sich nicht genirt oder beeinträchtigt fand, beides aber war hier der Fall, das fühlte Schäglein. Ueberdem hatte der reiche Kaufmann seine sehr ernsten, rücksichtslosen Seiten, vollständige Gleichgültigkeit gegen die Gefühle kleiner Leute und eisernes Bestehen auf seinen einmaligen Beschläffen. Die Art, wie er diese seine Obergewalt geltend zu machen pflegte, war um so schmerzvoller, als er seine Verfügungen mit einer trocken-scherzhaften Laune traf und alle Dinge als Kleinigkeiten behandelte, welche er zweimal in den Mund zu nehmen zu vornehm war.

So stierte Schäglein vor sich hin. Die grauenvollsten Bilder thürmten sich in seiner Einbildungskraft auf und gepreßte Seufzer stiegen empor in den mächtigen Stierentraum.

Er fuhr jäh empor, als ein Behrling Hennings' die Hautthür aufriß und todtentbleich schrie: „Heiliger Gott, die Cholera!“

„Dalt!“ rief Justus und wollte den vorübereilenden Jungen fassen.

„Ich muß zum Doktor!“ keuchte der Dube und rannte davon.

Schäglein, aus dem Keller tretend, bemerkte nunmehr, wie Hennings' Laden in größter Eile geschlossen wurde. Ein Kommiss, welcher den Hut auffällend vordrückt, sagte: „Der Herr hat eben die Cholera gekriegt, ich muß auf die Polizei!“

Schäglein's Miene blieb unverändert. Nur ein leiser Zug verhaltener Ironie glitt wie ein Hauch über sein Gesicht. — Er ging rasch hinaus in den Keller.

„Christine,“ und er legte die Hand auf die Schulter seiner Frau. „Du wirst vernünftig sein und thun, was ich befehle. Gott läßt es vielleicht zu unserm Heil ausschlagen.

Christine schüttelte den Kopf. — Jeder ging an sein Tagewerk, ohne gefürchtet zu haben. Später zog sich Schäglein an und machte einige Besorgungen ab, wahrscheinlich suchte er Rath zu schaffen, um das bevorstehende Uebel erträglich zu machen. Er kam mißmuthig und unverrichteter Sache wieder. Zu Mittag wurden auch nur ein paar Bissen gegessen, kaum daß man nach Tisch wenige kurze Worte wechselte. Wußte doch Keiner, was er dem Andern sagen sollte, ohne auf die unglückselige Geschichte zurückzukommen.

Es fing bereits zu dunkeln an, im Keller war's Nacht. Die Verkäufer schlossen ihre Schragen, Christine brachte ihr Köstchen zu Bett. Ach, wohl nie ward ein Vater-unser mit größerer Bangigkeit gesprochen. — Justus stand auf der untersten Treppenstufe und starrte empor in das schwärzliche Himmelsblau, grübelte und zerplagte sein Hirn. — Das Kreiden des Tages hatte aufgehört, einzelne Wagen rasselten vorüber, und leise, wie aus einem Grabe, erscholl die Stimme seiner Frau, welche Mathilden in den Schummer sang.

War schon für Binkert, den Posamentier, die Aufkündigung ein unberechenbarer Nachtheil für sein Geschäft, war sie für Justus geradezu ein Verderben.

Aus dem äußersten Elend hatte er sich mit seiner Familie in so weit herausgearbeitet, um einen kleinen Handel mit jenen Bagatellen zu beginnen, welche Andere wegwarfen, als nutzlos, schlecht und überflüssig für eine Kleinigkeit hingaben: Lumpen, Glascherben, altes Eisen u. s. w. Nur durch den größten Fleiß gelang es ihm, sich zu erhalten, ja nach und nach seine Lebenslage etwas zu bessern, sein Geschäft auf eblere und werthvollere Dinge zu erstrecken. Den bedeutendsten Erfolg seiner Bemühungen hatte er aber nicht sowohl seiner Thätigkeit, als der überaus glücklichen und bequemen Lage seines Kellers zu danken, der, vom lebendigen Verkehre des Marktes, des kleinen Bäckerthums und Gewerbes umwozt, einen Anlauf für alle diejenigen bot, welche dergleichen alte Dinge kauften und verkauften. Das war nunmehr durch die Aufkündigung abgesehen! In einem entfernten, stilleren Stadttheil war Justus' Untergang vorauszusehen und die Hoffnung, in der

Feuilleton.

Der Trödler.

Roman von A. E. Brachvogel.

(Fortsetzung)

„Justus!“ — begann die Frau leise und gepreßt, „sag's nur! — Uns ist auch gekündigt!“

„D vermaledeit!“

„Justus, um Gottes willen! — O, nicht die alte Vefügung, ich bitte Dich!“

„Dalt recht! Will nicht gleich einem Hanswurst wie der da oben rasen! — Ja, uns ist gekündigt! Hennings schreibt, er brauche fortan alle Räume für's Geschäft und wolle überdem sein Haus von Zwistigkeiten und kleinen Mietzern rein haben!“

„Siehst Du wohl? Hab' ich's nicht immer gefürchtet? Die Geschichte von vorgestern hat das zu Wege gebracht! — Ach Gott, ich will ja nicht schelten, Mann! Aber Deine unselige Bitterkeit und Spottlust, Dein Groll und Aerger, den Du an allen Leuten ausläßt, bringen uns ganz in's Elend! Früher war's Dein —“

„Dein —! Nun, willst Du's nicht beenden, Frau? Hast Du nicht das Herz dazu? — Bring' mich nur nicht ganz außer mir, daß Du mir zu viel thust!“ — er sprang ganz außer sich, „sonst, bei Gott, geschieht was! Ich trag's nicht länger!“

Christine schwieg und beschäftigte sich mit ihrem Kinde. Thränen entrollten den Augen der armen Mutter und liefen auf den weißen Nacken der Kleinen, die mit verwunderten Augen zu ihr aufblickte und bat: „Weine nicht, liebe Mutter, weine nicht! Der Vater im Himmel sagt, Du sollst lachen!“

Justus wendete sich ab. Er preßte die Hand an's Herz, als wolle er es halten. — Er that ein paar schwere Schritte durch die kleine Stube, dann trat er zu den Seinen und küßte Weib und Kind. „Laf gut sein,“ flüsterte er tief besorgt und wankend. „Ich will nur nachdenken, es wird sich schon eine Auskunft finden!“

Chamberlain und andere Minister zurücktreten, seinen Plan für Lösung der irischen Frage zur Debatte bringen, um nach einer für die Regierung ungünstigen Abstimmung das Parlament aufzulösen.

Schweden und Norwegen.

Nachdem durch die gemeinsame Abstimmung im Reichsrath die Einführung der Getreidezölle verworfen worden ist, haben die Schutzzölner beschloffen, auf die Industriezölle zu verzichten. Die Trauben hängen nunmehr auszuboh.

Rußland.

Ein Heer von Hossarangen umgibt den Baren aller Reußen. Amüslichen Mittheilungen zufolge bestand allein die militärische Suite des russischen Kaisers zu Anfang dieses Jahres aus 271 Offizieren, nämlich 97 Generaladjutanten, 68 Generalmajors à la suite und 106 Flügeladjutanten.

Amerika.

Wie das „Argentinische Wochenblatt“ mittheilt, lassen die gegenwärtigen Zustände in der Plata-Region wiederum den Ausbruch neuer politischer Erschütterungen befürchten. Sehr bedrohlich ist namentlich die Lage im Staate Uruguay, wo es an jedem Vertrauen zur Regierung fehlt und die Politik der Eifersucht und des Neides in vollem Maße ihr Wesen treibt. Man fürchtet einen Einfall von Argentinern aus und bereitet sich gegen denselben vor.

Afrika.

Aus den Fieberländern, die jetzt den Deutschen so vielfach zur Annexion und Kolonisation empfohlen werden, kommt nunmehr auch die Nachricht, daß der so werthvollste Afrikareisende Lieutenant Wisman schwer erkrankt ist und so bald als möglich nach Europa zurückkehren wird.

Gerichts-Zeitung.

o. k. Die Frankfurter Friedhofs-Affäre vor Gericht.
Frankfurt a. M., 16. März 1886.

Zweiter Tag der Verhandlung. (Fortsetzung.)

Rundgärtner Bud: Ich habe bei der Döll'schen Verurteilung gehört, wie die Menge dem Polizeikommissar Meyer zurief: „Schlagt den Hund todt, werft ihn ins Grab!“ u. s. w. Der Aufforderung, auseinander zu gehen, wurde nicht Folge geleistet, dagegen wurde von einigen Schreierinnen aufgeführt, zu dem 1848er Denkmal zu gehen. Ich habe außerhalb des Friedhofstheils gesehen, habe aber nicht gesehen, daß die reitenden Schutzeleute Jemanden geschlagen haben.

Gärtner Bud: Die Aufforderung des Polizeikommissar Meyer zum Auseinandergehen war derartig, daß die Leute hinlänglich Zeit gehabt hätten, sich zu entfernen. Ich habe ganz genau gehört, daß als Polizeikommissar Meyer die Versammlung als aufgelöst erklärt hatte, Leyendecker seine Rede noch fortsetzte. — Präs.: Haben Sie die Schutzeleute mit den Säbeln schlagen sehen? — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Sind Sie auch geschlagen worden? — Zeuge: Nein. — Vertheidiger H. A. Dr. Eppstein: Wieso kam es, daß Sie nicht geschlagen wurden? — Zeuge: Ich befand mich in meiner Gärtnerei, jedenfalls wurde ich deshalb von den Schutzeleuten gelassen. — Verth. H. A. Dr. Meyer: Ist es dem Zeugen bekannt, daß bei der Döll'schen Verurteilung der Stempel so groß war, daß der Abgeordnete Frohne die Menge zur Ruhe aufforderte? — Zeuge: Jawohl.

Privatier Schnauer: Ich habe außerhalb des Portals gestanden und habe nicht gesehen, daß von den reitenden Schutzeleuten Jemand geschlagen wurde.

Es erschienen alsdann mehrere Zeugen, die die Deposita des Bauunternehmers Heng bekräftigten.

Schneider Hefe: In demselben Moment, als die Aufforderung zum Auseinandergehen erfolgt war, bligten auch schon die Säbel und die Schutzeleute schlugen auf Alles ein, was ihnen in den Weg kam. Ich wollte gerade ein Kind aufheben, da erhielt ich mehrere Säbelhiebe über den Rücken, so daß mein Kopf ganz zerlegt wurde und ich mehrere Tage heftige Schmerzen litt.

Schneidermüller Stadler deponirt in sehr weiswäggiger Rede: Ich verließ den Friedhof, als derselbe schon vollständig geräumt war. Am Portal waren eine große Anzahl Schutzeleute postirt; an der Spitze derselben befand sich Polizeikommissar Meyer. Die Schutzeleute schlugen unbarbarisch auf mich ein. Ich rief den Polizeikommissar Meyer um Hilfe an. Dieser bemerkte: Lassen Sie den Mann gehen, der hat schon genug Schläge erhalten.

Polizeikommissar Meyer: Ich bestreite entschieden, daß der Zeuge, oder überhaupt Jemand in meiner Gegenwart geschlagen worden ist. — Zeuge: Ich habe meine Aussagen beschworen und halte dieselben aufrecht.

Schuymann Schulz: Nachdem die dreimalige Aufforderung des Polizeikommissar Meyer, zum Auseinandergehen der Menge, unbeachtet blieb, rufen die Schutzeleute auf Kommando des Polizeikommissar Meyer ihre Säbel. Die Leute wurden jedoch von den Schutzeleuten zunächst aufgefordert, den Friedhof zu verlassen. Nur wer dieser Aufforderung nicht Folge leistete, wurde geschlagen. — Präs.: Haben Sie auch geschlagen? — Zeuge: Jawohl, ich schlug oder nur diejenigen, die meiner Aufforderung zum Verlassen des Friedhofs nicht Folge leisteten. — Präs.: Hat Ihnen Jemand thätlichen Widerstand entgegengesetzt? — Zeuge: Nein. — Auf weiteres Befragen bekräftigt der Zeuge: Er habe, in Gemeinschaft mit Hohnmann und Schweiger, den Kirchhof abpatrouillirt, er habe aber nicht gesehen, daß viele Schutzeleute Jemanden geschlagen hätten. Ein Mann, der mit einem Notizbuch in der Hand auf einer Bank saß, wurde vom Friedhof gewiesen, dies war jedoch nicht Heng. Ich muß noch bemerken: Als der Zug am Portal angelangt war, da machten mehrere Zugtheilnehmer anspöttliche Bemerkungen gegen uns. Ich hörte unter anderem das Wort: „Spiegel“. Ein Schuymann bemerkte darauf: „Heute giebt es noch Arbeit, die Leute scheinen etwas vorzubedenken.“

Schuymann Göbel: Als uns Polizeikommissar Meyer die Instruktion gab, da verstand ich, sobald der Befehl „zur Waffe“ erfolgt, sollen wir nicht noch erst andere Versuche machen, sondern sofort mit den Säbeln dreinhauen. Die Aufforderung zum Auseinandergehen erfolgte in angemessenen Tönen. Als die dritte Aufforderung schon erfolgt war, sprach Leyendecker noch. Nach der dreimaligen Aufforderung rief Polizeikommissar Meyer: „Es ist von der Waffe Gebrauch zu machen!“ Daraufhin rufen alle Schutzeleute ihre Säbel und es ging los. — Präs.: Es wurde auf die Menge eingehauen? — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Haben Sie auch geschlagen? — Zeuge: Nein, ich fiel zunächst; alsdann forderte ich einen Mann dreimal zum Verlassen des Friedhofs auf; da dieser jedoch nicht Folge leistete, wollte ich ihn schlagen, ich traf ihn jedoch nicht.

Schuymann Diez: Polizeikommissar Meyer instruirte uns: Wenn er „zur Waffe“ kommandirt, dann sollen die Leute nicht mit der Hand, sondern mit dem Säbel auseinander getrieben werden. Da die Leute trotz dreimaliger Aufforderung des Polizeikommissar Meyer, auseinanderzugehen, sich nicht rührten, so wurde mit der flachen Klinge eingehauen. Ich sah später bei der Patrouille dabei gewesen, habe aber nicht gesehen, daß der Bauunternehmer Heng geschlagen worden ist. Schuymann Bunde hat der Patrouille den Befehl des Polizeikommissar Meyer überbracht, daß nicht mehr geschlagen werden solle. Er habe nicht gesehen, daß die Schutzeleute Hohnmann und Schweiger Jemanden geschlagen haben.

Schuymann Tiefensee: Polizeikommissar Meyer hat uns direkt anbefohlen, Niemanden mit der Hand zurückdrängen: wir sollten, wenn „zur Waffe“ kommandirt wird, mit dem

Säbel dreinhauen. — Präs.: Haben Sie auch geschlagen? — Zeuge: Jawohl, ich habe drei Leute geschlagen, nachdem ich sie dreimal vergeblich aufgefordert hatte, den Friedhof zu verlassen. — Präs.: Sie haben zunächst dreimal zum Verlassen des Friedhofs aufgefordert? — Zeuge: Selbstverständlich.

Die Sitzung wird hierauf gegen 8 1/2 Uhr Abends auf Mittwoch, Vormittags 9 Uhr, vertagt.

Dritter Tag der Verhandlung.

Gegen 9 1/2 Uhr Vormittags eröffnet Präsident Landgerichts-Direktor Dr. Körner wiederum die Sitzung.

Es erscheint heute zunächst als Zeuge der ehemalige Schutzwann, jetzige Schulpedell Böse: Polizeikommissar Meyer hat uns instruit, wir sollen, wenn er die Versammlung auflösen müsse und seiner dreimaligen Aufforderung zum Auseinandergehen, nicht Folge gegeben würde, die Leute mit der Waffe auseinander treiben. Als nun die Aufflösung und dreimalige Aufforderung ergangen war und die Menge sich nicht rührte, da forderte Herr Polizeikommissar Meyer uns auf, die Leute mit der Waffe auseinanderzutreiben; er fügte jedoch hinzu: nur wenn Widerstand geleistet wird, soll die Waffe gebraucht werden. — Präs.: Haben das die Schutzeleute sämmtlich gehört? — Zeuge: Das glaube ich mit Bestimmtheit. — Präs.: Hat Polizeikommissar Meyer eine solche Bemerkung bei der Instruktion gemacht? — Zeuge: Nein. — Präs.: Haben Sie auch mit dem Säbel geschlagen? — Zeuge: Ja. — Präs.: Ist Ihnen persönlicher Widerstand entgegengesetzt worden? — Zeuge: Allerdings. — Präs.: Worin bestand dieser Widerstand? — Zeuge: Die Leute wollten nicht gehen. — Präs.: Es wurde Ihnen also passiver Widerstand entgegengesetzt, aber kein thätlicher? — Zeuge: Ja. Auf weiteres Befragen des Präsidenten bekräftigt der Zeuge: Leyendecker habe noch gesprochen, als Kommissar Meyer das Publikum zum dritten Male aufforderte, auseinanderzugehen; Leyendecker habe den Kommissar förmlich zu überschreien gesucht.

Schuymann Georg macht fast in allen Punkten dieselben Deposita, wie der Vorzeuge. Er bekräftigt u. A.: Polizeikommissar Meyer rief erst, nachdem von der Waffe schon Gebrauch gemacht war: „es solle von der Waffe nur Gebrauch gemacht werden, wenn persönlicher Widerstand entgegengesetzt werde.“ Diesen Hursus konnten aber nur die wenigsten Schutzeleute verstehen. Leyendecker, der den Polizeikommissar Meyer zu überschreien suchte, hielt seine Rede gerade, während der Kommissar die Menge zum Auseinandergehen aufforderte. — Präs.: Wie festgestellt, hat Leyendecker nur wenige Worte gesprochen, wenn er also nur während der Aufforderung zum Auseinandergehen sprach, dann muß diese Aufforderung in sehr schnellem Tempo erfolgt sein. — Zeuge: Die Aufforderung geschah in Zwischenpausen. — Präs.: Sie führten an jenem Tage einen Revolver bei sich? — Zeuge: Jawohl, der Schuymann Kern, der ebenfalls seinen Revolver bei sich trug, sagte mir, Polizeikommissar Meyer habe die Mitnahme des Revolvers befohlen. — Angekl. Kommissar Meyer: Die letztere Angabe bekräftigt ich ganz entschieden.

Schuymann Weiter: Polizeikommissar Meyer instruirte uns: Wenn die Versammlung vor dem Friedhof aufgelöst werde, dann sollten wir berittlenen Schutzeleute herankommen und die Menge auseinander treiben. Wenn die Fuß-Schutzeleute den Säbel gezogen hätten, dann sollten wir dasselbe thun. — Verth. H. A. Dr. Goldheim: Hatten Sie auch Befehl zum Einhauen? — Zeuge: Nein.

Der nächste Zeuge ist der Schuymann Kern. Präs.: Sie sollen am 22. Juli einen Revolver bei sich geführt und auch den Schutzeleuten Koll und Georg je einen Revolver gegeben haben? — Zeuge: Allerdings, ich that dies, nachdem ich Herrn Polizeikommissar Meyer danach gefragt und er meine Frage bejaht hatte. — Kommissar Meyer: Ich wiederhole, daß ich das ganz entschieden bekräftige. — Zeuge: Ich sage aber die Wahrheit. — Kommissar Meyer: Ich finde das Verhalten des Zeugen erklärlich; wenn er die Revolver ohne Erlaubnis mitgenommen, resp. anderen Schutzeleuten übergeben hat, dann hat er eine hohe Strafe zu erwarten. — Zeuge: Ich weiß genau, daß ich den Kommissar Meyer gefragt und dieser mir die Frage bejaht hatte, es ist ja aber auch möglich, daß er mich mißverstanden hat. — In Weiterem macht dieser Zeuge dieselben Deposita, wie die bisher vernommenen Schutzeleute. Es habe auf ihn den Eindruck gemacht, daß, wenn die Schutzeleute mit der Waffe nicht eingehauen hätten, diese von der Menge vom Friedhof getrieben worden wären. — Präs.: Woraus entnehmen Sie das? — Zeuge: Weil Niemand Wiene machte, sich zu entfernen. — Präs.: Thätlicher Widerstand wurde nicht entgegengesetzt? — Zeuge: Nein.

Er treten alsdann einige Schutzeleute auf, die sämmtlich bekräftigen, sie hätten nicht gesehen, daß Heng geschlagen worden sei.

Verth. H. A. Dr. Goldheim: Ich stelle noch die Frage, ob auf dem Hofe des Platzkommandanten in der Bleichstraße eine Anzahl Schutzeleute zur Reserve aufgestellt waren. — Angekl. Kommissar Meyer: Mir ist davon nichts bekannt. — Polizeirath v. Hale bekräftigt dasselbe. — Zeitungsbekanntmachung J. B. Müller: Er habe zur Zeit von dem Hofe des damaligen Stadtkommandanten erfahren, daß auf dem Hofe der Stadtkommandantur eine Anzahl Fußschutzeleute zur Reserve aufgestellt war.

Polizeidirektor Langer bestätigt die Aufstellung der Reservemannschaften. Diese Maßregel sei getroffen worden, um, wenn die Versammlung bereits am Sterbehause aufgelöst werden würde, genügende Mannschaften zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei der Hand zu haben. Die Reservemannschaft habe aus 10 Fußschutzeleuten unter dem Kommando des Wachtmeisters Haupe bestanden.

Die Beweisaufnahme ist danach beendet und es beginnen die Plaidoyers.

Staatsanwalt Dr. Garban: Die dreitägige ausgedehnte Verhandlung hat den Beweis geliefert, daß die Angelegenheit übermäßig aufgebläht worden ist, dies haben dem Herrn Untersuchungsrichter selbst Sozialdemokraten zugegeben. Zusammenhänge die Vorgänge beklagenswerth und zwar ganz besonders deshalb, weil sie den Beweis liefern, daß zwischen der Polizei und einem Theile der hiesigen Bevölkerung eine arge Antipathie, eine große Gereiztheit besteht. Es entsteht nun die Frage: Wer hat diese Vorgänge verschuldet? Ich sage, in erster Linie ist die Schuld der Sozialdemokratie zuzuschreiben. In zweiter Linie trifft die Schuld, ich bedauere, dies hier sagen zu müssen, die Unbesonnenheit und die wenig angebrachte Energie des angeklagten Polizeikommissar Meyer. Man hat sogar versucht, die Schuld der Regierung beizumessen. Man sagte: sie wollte einen solchen Unzufriedenheitszustand, um Grund zu haben, den kleinen Belagerungszustand über Frankfurt zu verhängen. Polizeirath v. Hale bezeichnete das als Unwahrheit, ich muß sagen, ich halte diese Vermuthung für einen Ausfluß überhöhter Phantasie. Ich wundere mich bloß, daß der Angeklagte Leyendecker von seinen Parteigenossen nicht als Agent provocateur bezeichnet worden ist. Polizeikommissar Meyer erhielt von dem Polizeipräsidenten den Auftrag, dafür zu sorgen, daß bei der am 22. Juli vor. Jahres stattgehabten Verurteilung des Sozialdemokraten Hiller jede Demonstration unterbleibe, daß eventuell die Versammlung aufgelöst und, wenn die Menge nicht auseinandergehe, sie mit Gewalt auseinandergetrieben werden solle. Polizeikommissar Meyer deutete diesen Präsidialbefehl dahin, daß er den Schutzeleuten sagte, sie sollen, wenn die Menge nach dreimaliger Aufforderung nicht auseinandergehe, dieselbe mit blander Waffe auseinanderreiben. Militärisch geschulte Leute, wie die Schutzeleute sind, konnten seine Instruktion nur so verstehen, wie sie sie schließlich ausgeführt haben. Es ist nun von verschiedenen

Zeugen bekräftigt worden, daß fast jeder Zugtheilnehmer ein rothes Abzeichen im Knopfloch trug. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes ist eine solche Demonstration sehr gefährlich, und die Führer der Sozialdemokraten hätten besser gethan, wenn sie für die Unterlassung dieser Demonstration gewirkt hätten. Ich bin überzeugt, Polizeikommissar Meyer hätte am liebsten den Zug nicht auf den Kirchhof hinaufgelassen. Allein, da er bis dahin nicht aufgelöst war, so mußte er den Eintritt auf den Kirchhof gesehen lassen. Gleich, nachdem am Grabe ein Lied gesungen worden, wurde dem Polizeikommissar Meyer insofern Widerstand entgegengesetzt, indem der Zeuge Hillgrabe trotz wiederholten Verbots eine Rede zu halten begann. Ich komme nun zur Katastrophe. Meine Herren! Jeder, der einmal auf der Universität oder Soldat gewesen — Letzteres trifft ja auf den Angeklagten Meyer zu — wird wissen, daß, wenn man jungen Leuten eine blanke Waffe in die Hand giebt, diese auch ausgiebigen Gebrauch von derselben machen. Dies mußte Polizeikommissar Meyer wissen, er mußte wissen, daß, wenn er den Schutzeleuten den Befehl erteilt, von der Waffe Gebrauch zu machen, diese sich nicht erst vor dem Gebrauch derselben in eine Debatte mit dem Publikum einlassen werden. Andererseits spricht jedoch die von allen Zeugen bekräftigte Thatsache, daß der Friedhof in wenigen Minuten geräumt war, dafür, daß das Publikum dem Polizeikommissar Meyer passiven Widerstand entgegengesetzt hat. Wenn ich auch zugeben will, daß die Schutzeleute etwas thätlichlos vorgegangen sind, so beweist doch die Thatsache der schnellen Räumung des Friedhofs, daß das Publikum wohl in der Lage war, der Aufforderung des Polizeikommissar Meyer Folge zu leisten. Allerdings meiste ich einen großen Theil der Schuld, daß das Publikum sich nicht entfernen wollte, dem Angeklagten Leyendecker zu. Die Leute wollten eben die Rede Leyendecker's zu Ende hören und ich halte es noch nicht für erwiesen, daß Leyendecker nur die wenigen Worte gesprochen, die er uns hier angeben. Fest steht ja, daß von den Schutzeleuten mit blander Klinge auf das Publikum geschlagen worden, und daß nicht nur solche Personen geschlagen worden, die passiven Widerstand entgegengesetzten, sondern daß auch die Liegenden verfolgt und geschlagen worden sind. Allein im Uebrigen verdienen die Zeugen, die sich an dem Zuge beteiligten, wenig Glauben. Einige kamen mit einer vollständig einstudierten Rede hierher. Diese Leute sind ja selbstverständlich der Meinung, daß die Polizei immer Unrecht hat. Ferner ist zu erwägen, daß die Schutzeleute naturgemäß die Vorgänge mit größerer Aufmerksamkeit verfolgt haben, als die Sozialdemokraten, die ja zur Aufmerksamkeit in keiner Weise verpflichtet waren, denen es interessanter war, den Worten Leyendecker's zuzuhören, und die ja vielleicht selbst noch Widmungsworte sprechen wollten. Allein fest steht, daß Polizeikommissar Meyer gefehlt hat, er hat auch insofern unrecht gehandelt, daß er den Leyendecker nicht verhaftet hat. Daß dies nicht ausführbar war, kann man wohl nicht gelten lassen. Es ist mithin kein Zweifel, daß der Angeklagte sich im Sinne des § 140 des Straf-Gesetzbuchs schuldig gemacht hat. Bei Abmessung des Strafmaßes ist zu erwägen, daß der Angeklagte Meyer geglaubt hat, im Interesse des Staates und der öffentlichen Ordnung zu handeln, daß er einer Wiederholung der Vorgänge bei der Döll'schen Verurteilung vorbeugen wollte und daß er den Verweis, der ihm bei Gelegenheit der Döll'schen Verurteilung, vielleicht mit Unrecht gegeben worden, nicht noch einmal erhalten. Es lassen sich noch mehrere Milderungsgründe anführen. Es ist meiner Meinung nach schon Strafe genug, daß ein solch pflichttreuer Beamter, ein Mann, der so viele Jahre seinem Könige treu gedient, die Anklageband betreten muß, weil er sich den Sozialdemokraten gegenüber, die die Staatsgewalt zu führen beabsichtigen, Ueberriffe hat zu Schulden kommen lassen. Ferner ist zu erwägen, daß dauernder Nachtheil, mit Ausnahme bei einem gewissen Hoffmann, bei keinem der Verurteilten zu konstatiren ist. Allein angesichts der Ausdehnung des Gesetzes, angesichts der großen Antipathie, die durch den Krieg zwischen der Polizei und der hiesigen Arbeiterbevölkerung hervorgerufen worden, sind gesetzlich mildere Umstände auszusprechen. Ich beantrage demgemäß das niedrigste ordentliche Strafmaß von drei Monaten Gefängnis, eine Strafe, die trotzdem eine sehr hohe ist. Was den Angeklagten Wingleit anlangt, so ist festgestellt, daß dieser auf Fliehende geschlagen. Insofern schügt ihn der Befehl des Kommissar Meyer nicht. Allein mildere fällt hierbei ins Gewicht, daß die Schutzeleute mehrfach beschimpft worden sind, daß die Vorgänge drei Wochen nach dem Prozesse wieder passiren, daß die Schutzeleute noch unter dem vollen Eindruck der Ermordung ihres Chefs standen. Ich nehme hierbei Veranlassung zu erwähnen, daß mich selten persönlich etwas mehr geirrt hat, als ein Artikel des in Paris erscheinenden „Sozialdemokrat“, des offiziellen Organes der deutschen Sozialdemokraten, nicht etwa der Anarchisten, das dem ermordeten Polizeirath Dr. Kumpff gemissermaßen noch „Polizei-Schul“, „Schule“ u. s. w. nachrief und sogar von „Mitschulden“ sprach. Ich weiß nicht, ob man mich zu diesen Mitschulden zählt; allein wenn wir uns über derartige Beschimpfungen ärgern, dann ist es gewiß kein Wunder, wenn ungebildete Leute sich darüber ärgern. Ich beantrage, angesichts dieser Sachlage, gegen Wingleit 2 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Hohnmann und Schweiger halte ich der Schuld für vollständig überwiesen; ich beantrage gegen Hohnmann zwei Wochen und gegen Schweiger 5 Tage Gefängnis. Gegen Leyendecker, der den Krieg wesentlich mit verschuldet hat, rechtfertigt sich eine harte Strafe. Ich beantrage gegen denselben 6 Wochen Gefängnis.

Nebenkläger Rechtsanwalt Dr. Eppstein: Obwohl die Verurtheilten der Ueberzeugung waren, daß der Herr Staatsanwalt voll und ganz seine Pflicht thun werde, haben dieselben mich zu ihrem Nebenkläger ernannt. Ich erkläre nun zunächst, daß ich eine Strafe nicht beantragen werde, meine Mandanten behalten sich vor, ihre eventuellen Ansprüche auf dem Zivilwege geltend zu machen. Der Herr Staatsanwalt hat bis zum heutigen Tage den Erwartungen meiner Mandanten entsprochen. Was jedoch das Plaidoyer des Herrn Staatsanwalts anlangt, so muß ich beklagen, der gerichtlich Vertheidigter hätte Herrn Polizeikommissar Meyer nicht besser vertheidigen können, als es der Staatsanwalt gethan. Ich will dem Herrn Staatsanwalt auf das politische Gebiet, das er betreten, nicht folgen, sondern die Sache lediglich nach der juristischen Seite prüfen. Der Nebenkläger erörtert nun in eingehender Weise die Instruktion der Polizeikommissar Meyer, die sie berechtigt, von der Waffe Gebrauch zu machen. Darnach — so fährt der Nebenkläger fort — hat Polizeikommissar Meyer seine Amtsbefugnisse wesentlich überschritten. Daß das Publikum aus Sozialdemokraten bestand, kann doch bei der Beurtheilung der Sachlage nicht in Betracht kommen. Sozialdemokraten haben denselben Schutz des Staats zu verlangen, wie jeder andere Staatsbürger. Das Sozialistengesetz schmälert ihnen dies Recht nicht. Wenn nun die Zugtheilnehmer rothe Abzeichen im Knopfloch getragen haben, so ist dies gesetzlich in keiner Weise verboten. Wenn eine andere Partei, etwa die demokratische Partei, bei einem Beisammensein weisrothe Abzeichen getragen hätte, dann hätte jedenfalls Niemand etwas Schlimmes darin gefunden. Meine Herren! Wir sind alle Studenten gewesen. Erwägen Sie, wenn Studenten eine ähnliche Demonstration inzienirt hätten, und die Schutzeleute sofort mit blander Waffe eingeschritten wären, was hätte die öffentliche Meinung wohl dann gesagt? Ich habe aber schon gesagt: auch die Sozialdemokraten sind Staatsbürger und wie man auch ihre Parteilichungen beurtheilen mag, so steht doch soviel fest, daß die Sozialdemokraten in Frankfurt sich stets anständig benommen haben. Wenn willkürlich Schimpfworte gegen die Schutzeleute gefallen sind, so ist doch das unpassende Benehmen Einzelner nicht der Gesamtheit zum Vorwurf zu machen. Ich gebe zu, Polizei-

kommissar Meyer hat unter dem Eindruck jenes Verweises gehandelt, den er anlässlich der Döll'schen Beerdigung erhalten hat. Allein andererseits ist doch zu erwägen, daß Polizeikommissar Meyer seit sieben Jahren im Amte ist, er die Tragweite seiner Befehle übersehen mußte und ist es nur einem besonders glücklichen Umstande zu danken, daß nicht tödliche Verletzungen vorgekommen sind. Polizeikommissar Meyer hätte sich in diesem Falle wegen eines ganz anderen Delikts zu verantworten. Allein, Polizeikommissar Meyer mußte wissen, daß angeht die Spannung, die zwischen den Schulleuten und den Sozialdemokraten herrschte, es den Schulleuten eine reine Wollust sein würde, wenn ihnen der Befehl gegeben wäre, die Sozialdemokraten mit der Waffe wegzudrängen. Angesichts dieser Sachlage erachte ich es nicht für angeht, die geringste Strafe gegen den Angeklagten Meyer in Anwendung zu bringen. Ebenso halte ich eine höhere Strafe gegen die angeklagten Schulleute für geboten. Ganz besonders rechtfertigt sich eine höhere Strafe bei dem Angeklagten Wingleit, der notorisch eine ganze Reihe wehlofer Leute mißhandelt und verletzt hat.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Meyer für den Angeklagten Meyer: Ich bin entfernt, einer Polizeivollmacht irgendwie das Wort zu reden. Wenn ich trotzdem die Verteidigung für Herrn Polizeikommissar Meyer übernommen habe, so habe ich es gethan, weil ich von der Unschuld dieses Mannes, der sich in den weitesten Kreisen der größten Achtung erfreut, überzeugt bin. Ich bin der Ueberzeugung, daß angesichts der großen Erregung, die die Affäre nicht nur in unserer Stadt, sondern auch in ganz Deutschland, ja sogar im Auslande hervorgerufen hat, sämtliche Zeugen unter dem Eindruck dieser Erregung ihre Aussagen abgegeben haben. Ich nehme hiernon selbst die Herren Polizeirath von Hake und Polizeidirektor Langer nicht aus. Außerdem bin ich der Meinung, daß die Zeugen kaum die Einzelheiten heute noch genau angeben vermögen. Die hier aufgetretenen Sozialdemokraten haben selbstverständlich die Sache vom einseitigen Standpunkte an, während die hier als Zeugen vernommenen Schulleute die Befürchtung hegen mußten, sie haben sich durch ihr Vorgehen einer strafbaren Handlung schuldig gemacht. Es ist doch sehr eigenbühlich, daß der einzige Zeuge, der jetzt nicht mehr Schulleiter ist, der Zeuge Böde, beklundet hat, Polizeikommissar Meyer habe gesagt: Nur wenn den Schulleuten Widerstand entgegengekehrt wird, sollen sie von der Waffe Gebrauch machen. Daß der Behauptung ein demonstrativer war, steht fest, ebenso daß die Zugheilnehmer den Befehlen des Kommissars Widerstand entgegengekehrt und trotz seines Verbotes Reden hielten. Ferner ist aus dem Umfange der schnellen Räumung des Friedhofs zu schließen, daß die Menge sehr wohl in der Lage war, der Aufforderung des Polizeikommissar Meyer Folge zu leisten. Das Gesetz giebt einem Kommandeur das Recht, wenn seiner dreimaligen Aufforderung nicht Folge gegeben wird, zur Gewalt zu schreiten. Nun wird eingewendet: Es wurde nur passiver Widerstand entgegengekehrt. Ich bestritte das. Ich behaupte: Es war zwar kein thätlicher, aber ein aktiver Widerstand, den die Menge entgegengekehrt. Hätten die Schulleute die Menge mit den Händen zurückgedrängt, dann wäre es augenscheinlich zu einem Zusammenstoß gekommen, die Menge räumte aber den Friedhof, da sie die Waffe fürchtete. Diese meine Behauptung wird durch folgende Rede des Reichstagsabgeordneten Frohme bestätigt, die derselbe am 18. Februar d. J. im Reichstage gehalten hat: „Die Frankfurter Friedhofs-Affäre sollte zu Material zur Verhängung des kleinen Belagerungsstandes über Frankfurt Veranlassung geben. Ein Zusammenstoß ist jedoch unterblieben, da das Einbauen der Schulleute mit der Waffe der Menge keine Zeit zum Sammeln ließ.“ Meine Herren: Hieraus geht doch deutlich hervor, daß hätte mein Klient die Menge nicht sofort mit dem Säbel auseinandergetrieben lassen, es vielleicht zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und der Menge gekommen wäre. Das war zweifellos meinem Klienten bekannt, denn er ist ein Mann, der in solchen Dingen wohl einer der kompetentesten in Frankfurt ist und dem wir es vielleicht zu verdanken haben, daß unserer Stadt die Schande eines blutigen Zusammenstoßes zwischen der Polizei und einem Theile der Bevölkerung erspart geblieben ist. Ich halte sonach meinen Klienten aus moralischen und juristischen Gründen für nichtschuldig. Von welcher Seite man auch die Affäre beurtheilen mag, so viel steht fest, eine spätere Zeit, in welcher vielleicht die politischen Parteigegensätze nicht so scharf sein werden, wird die Schuld an diesen beklagenswerthen Vorgängen an die Reichsbehörde der Sozialdemokratie hängen. Ich kann mir ja denken, daß den Sozialdemokraten das Sozialistengesetz sehr unangenehm ist. Allein, ihre Pflicht wäre es gewesen, sich der Autorität eines einmal bestehenden Gesetzes zu unterwerfen und nicht jede Gelegenheit zu benutzen, um dasselbe illusorisch zu machen. Meine Herren, mag Ihr Spruch ausfallen, wie er wolle, er wird jedenfalls für die Geschichte unserer Stadt, unsers Vaterlandes und der sozialen Bewegung von großer Bedeutung sein. Im Interesse der Gerechtigkeit muß jedoch Ihr Urtheil auf Freisprechung lauten.

Vert. Rechtsanwalt Dr. Geiger für Wingleit, Hohmann und Sämweiger führt in längerer Rede aus, daß die Handlungen des Wingleit wohl erwiesen und keineswegs zu billigen seien, allein er habe jedenfalls geglaubt, dem Befehle des Polizeikommissar Meyer zu entsprechen, mithin habe ihm der Dolus gefehlt. Das, was den Angeklagten Hohmann und Sämweiger zur Last gelegt werde, sei nicht genügend erwiesen. Nehme man aber das Gegentheil an, dann haben dieselben doch ebenfalls nicht dolose gehandelt. Die Schulleute konnten dem Befehle des Polizeikommissar Meyer nicht anders verstehen, als daß sie auf alle Leute, auch auf die Flüchtenden mit dem Säbel einbauen sollten. Die Flüchtenden hätten ja jede Minute wieder umkehren und sich sammeln können. Er beantrage aus allen diesen Gründen die Freisprechung seiner drei Klienten.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Eppstein für Leyendecker: Die Zeugenaussagen bezüglich der dem Angeklagten Leyendecker zur Last gelegten Handlung seien derartig widersprechend gewesen, daß die Schuld Leyendecker's durchaus nicht erwiesen sei. Angesichts der großen Aufregung und Schnelligkeit, mit der die Affäre vor sich gegangen, sei auch nicht anzunehmen, daß die Zeugen sich auf alle Einzelheiten erinnern können. Es komme hinzu, daß Leyendecker schwerhörig sei und daß in einer Versammlung unter freiem Himmel eine Verständigung viel schwerer, als in einer solchen in geschlossener Räume sei. Aus diesen Gründen beantrage er die Freisprechung seines Klienten.

Nach kurzer Replik des Staatsanwalts Dr. Gordan nimmt das Wort der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Goldheim: Der Herr Staatsanwalt sowohl als auch der Herr Verteidiger des Polizeikommissar Meyer schoben die Schuld an den traurigen Vorgängen der Sozialdemokratie zu. Wichtiger hätten sie gelhan, wenn sie gesagt hätten: Die Schuld trägt das Sozialistengesetz. Gede es kein Sozialistengesetz, dann wäre die Affäre auch jedenfalls nicht vorgekommen. Was haben denn die Sozialdemokraten gethan? Sie haben einem ihrer Genossen, der für die Parteigründung gekämpft, das letzte Geleit gegeben. Das war einfach ihre Pflicht und Schuldigkeit, ein einfacher Akt der Pietät, den andere Parteien jedenfalls nicht unterlassen würden. Nun wird es den Sozialdemokraten aber angedreht, daß sie rothe Abzeichen getragen haben. Das ist verboten, sagte der Herr Staatsanwalt. Der Herr Staatsanwalt hat uns nur nicht gesagt, nach welchem Gesetze das verboten ist. Zur Sache selbst bemerke ich, daß Herr Polizeikommissar Meyer sich zu dem Ober-Kommando stets gedrängt hat. Es ist nicht der geringste Beweis erbracht, daß irgendwelche Veranlassung vorgelegen hat, die Menge mit

der Waffe auseinanderzutreiben. Eine Beerdigung, an der sich 3-400 oder auch noch mehr Menschen betheiligten, ist noch keine Demonstration, und doch deshalb nicht, weil die Zugheilnehmer rothe Abzeichen im Knopfloch getragen und Kränze mit rothen Schleifen auf das Grab niedergelegt haben. Wenn eine Demonstration vorhanden war, so kann sie höchstens darin bestehen, daß 38 Schulleute zu Fuß und 5 Schulleute zu Pferde zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgetreten waren. Die durch nichts bewiesene Annahme, ohne das Einbauen wäre es zu einem Zusammenstoß gekommen, kann doch den Angeklagten nicht entlasten. Ebenso wenig kann ich der Auffassung meines Kollegen Geiger beitreten, daß die Schulleute für ihre Handlungen nicht verantwortlich seien. Es ist gesagt worden: die Handlung des Polizeikommissar Meyer ist deshalb in milderem Lichte zu beurtheilen, weil er sich in dem Kampfe mit den Sozialdemokraten befunden hat. Ich bin der Meinung: Gerade gegenüber den Sozialdemokraten, die ohnehin unter der Herrschaft eines Ausnahme-Gesetzes stehen, dürfen Uebergriffe von den Beamten nicht gebuldet werden.

Erster Staatsanwalt Dr. Uble: Ich muß zunächst die Angriffe des Herrn Rechtsanwalt Dr. Eppstein zurückweisen, daß Stromer, Zubälter u. s. w. milder behandelt werden, als Sozialdemokraten. Ich, der ich an der Spitze der hiesigen Staatsanwaltschaft stehe, muß diesen Vorwurf als Unwahrheit bezeichnen. Die hiesige Staatsanwaltschaft ist entfernt, mit zweierlei Maß zu messen. Herr Rechtsanwalt Dr. Goldheim bemerke ich: Wenn man den Kern aus der Beerdigung herauskühlt, dann hat man es ausschließlich mit einer sozialdemokratischen Demonstration zu thun, mit einer sozialdemokratischen Demonstration mit rothen Schleifen, rothen Blumen, Verböhrungen der Schulleute, sozialdemokratischen Reden und passiven und zum Theil auch thätlichem Widerstande. Die dabei vorgekommenen Verletzungen und Uebergriffe der Beamten sind zu beklagen, aus diesem Grunde ist auch die Anklage erhoben worden.

Nebenkläger Rechtsanwalt Dr. Eppstein: Ich war entfernt, der königlichen Staatsanwaltschaft irgend einen Vorwurf zu machen, ich habe lediglich gesagt, zum mindesten aber sagen wollen: die Polizei würde selbst Stromern, Zubältern und sonstigen Gefinde gegenüber nicht immer gleich von der blanken Waffe Gebrauch machen. — Nach noch kurzen Repliken und Duplikaten bemerkt der Angeklagte Meyer: Ich bedauere die Vorkommnisse, ich vermöchte jedoch, dem Befehle meiner vorgesetzten Behörde gemäß, nicht anders zu handeln. Ich persönlich habe lediglich meinen Degen gezogen, ohne Jemanden zu schlagen. Hätten die Schulleute meinen Befehl richtig verstanden und dasselbe gethan, dann wäre jedenfalls nichts passiert. Jeder Schulleiter hat seine Instruktion, ich kann deshalb für die Handlungen derselben nicht verantwortlich gemacht werden. Das Bedauerliche an der ganzen Sache ist, daß mir nicht ruhige und besonnene Schulleute zur Seite gegeben waren. Ich halte lediglich Schulleute zur Verfügung, die kaum vom Militär entlassen waren und auf den Befehl „zur Waffe“ ohne Weiteres losstürzten, ohne auf meinen sofortigen Einhaltsbefehl zu achten. Ich bitte den hohen Gerichtshof um meine Freisprechung. — Die übrigen Angeklagten bitten ebenfalls um Freisprechung.

Hieraus zieht sich der Gerichtshof um 4 1/2 Uhr Nachmittags zur Berathung zurück.

Gegen 6 1/2 Uhr Abends lehnte der Gerichtshof zurück. Unter gespanntester Aufmerksamkeit des überfüllten Auditoriums verhandelt der Präsident, Landgerichts-Direktor Dr. Römer: Der Gerichtshof hat für Recht erkannt, daß die Angeklagten, Polizeikommissar Meyer und die Schulleute Wingleit, Hohmann und Sämweiger der Verletzung des § 340 des Strafgesetzbuches, der Sämweiger der Verletzung des § 17 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie von 1878 für schuldig zu erachten und deshalb Meyer mit 3 Monaten Gefängnis, Wingleit mit 2 Monaten Gefängnis, Hohmann mit 1 Monat Gefängnis, Sämweiger mit 14 Tagen Gefängnis und Leyendecker mit 1 Monat Gefängnis zu bestrafen und den Angeklagten die Kosten des Verfahrens einschließlich der Kosten der Nebenkläger aufzuerlegen sind. Der Angeklagte Meyer kann sich nicht auf den Befehl seiner vorgesetzten Behörde berufen. In dem Befehle war gesagt: er solle die Menge im äußersten Falle mit Gewalt auseinanderreiben lassen. Der Angeklagte hätte darnach andere Gewaltmittel wie Zurückdrängen mit den Händen versuchen sollen. Wenn er sagt, er befürchtete, daß es alsdann zu einem Zusammenstoß gekommen wäre, so kann ihn dies nicht entlasten. Er war jedenfalls nicht berechtigt, mit der Waffe vorgehen zu lassen, und zwar hätte er dies um so weniger thun dürfen, da, wie er selbst sagt, er es mit jungen und unbewehrten Schulleuten zu thun hatte. Mildernde Umstände konnten dem Angeklagten nicht zubilligt werden, da der an die Schulleute gegebene Befehl ein wohl überlegter war und die Verletzungen ziemlich arg gewesen sind. Einer der Verletzten ist sogar von den Krämpfen befallen worden. Andererseits ist erwogen worden, daß der Angeklagte Meyer den Befehl nicht gewollt hat und zu solchen Ausschreitungen nicht geneigt ist. Im Uebrigen ist nicht zu verkennen, daß er unter dem Druck der Verhältnisse gehandelt hat. Deshalb ist über das niedrige Strafmaß nicht hinausgegangen worden. Gegen die übrigen Angeklagten ist das Urtheil angesichts der obwaltenden Verhältnisse bemessen worden. — Danach schließt die Sitzung 6 1/2 Uhr Abends.

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Mechaniker Deutschlands. Kollegen! Wir warnen hiermit alle Mechaniker, sich nicht durch Insuperate nach hier locken zu lassen, indem wir bereits über 40 arbeitslose Kollegen hier am Orte haben und die Arbeitszeit auf ein Minimum reduziert worden ist, sodass eine menschenwürdige Existenz unmöglich ist. Wir bitten den Huzug nach hier streng fernzuhalten. Näherer Bericht folgt. Die Mechaniker Stuttgart's.

Die Handlungsmühle Krietsch in Burgen, das größte derartige Institut in Deutschland, hat seine Insolvenz erklärt. Bekannt war das Geschäft in allen Ländern der Welt durch seine Biskuitbäckerei, die ihre Fabrikate weit über den Ozean sandte. Die Arbeiter und besonders die Arbeiterinnen wurden bei hohen Anforderungen nicht sonderlich gut gelohnt. Der Besitzer hatte sich luxuriöse Paläste gebaut. Die Posten sollen bedeutend sein. Kommt kein Arrangement zu Stande, dann werden an 1000 Arbeiter brodlos.

Ueber die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und Konfektionsbranche, sowie über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen hat das Präsidium der Handelskammer zu Blauen im Voigtlande eingehende Ermittlungen bei Arbeitern und Arbeitgebern der Konfektion, Wäschefabrikation, Hut- und Kuststoffnäherei und Korsettfabrikation angestellt und dieselben dem sächsischen Ministerium bereits zugestellt. Sie ergeben eine fürwährenden Rückgang des Verdienstes der im Wäsche- und Konfektionsgeschäft beschäftigten Arbeiterinnen. In Blauen hat das harte Angebot von Arbeiterinnen die Folge gehabt, daß der Wochenverdienst von 15 M., den früher eine geschickte und fleißige Arbeiterin erzielte, auf 6-10 M. gesunken ist. — Eine geschickte und fleißige Arbeiterin einen Wochenlohn von 5 M.! Ein Inmangelsstück die Einnahme eines ganzen Monats! Wie mögen diese armen Weiber und Mädchen leben oder vielmehr hinstehen!

Aus der Maschinenindustrie von Budau (bei Magdeburg) erschallen die lebhaftesten Klagen über den beispiellos schlechten Geschäftsgang. Während bisher, nach der „Vollzeitung“, bloß die für Federfabriken thätigen Maschinen- und Dampfkefel-Armaturen-Fabriken unter dem Drucke der in der Federindustrie eingetretenen Verhältnisse zu leiden hatten, sind nach und nach auch andere Fabriken von empfindlichen Stodungen im Betriebe betroffen worden. Die älteste Maschinenfabrik des Ortes, die Maschinenfabrik Budau, — früher Hamburg-Magdeburger Dampfschiffbau-Kompagnie — beschäftigt heute nur noch ca. 10 Prozent ihres früheren Arbeiterstandes. Um eine Entlastung des General-Ankosten-Kontos dieser Fabrik zu bewirken, hat man zu dem Mittel der Zufuhr genommen, die Gehälter aller Angestellten um ein Drittel herunter zu setzen. Eine andere bedeutende Maschinenfabrik und Eisengießerei des Ortes, welche in Folge ihrer Spezialität bisher recht gut mit Arbeitern besetzt war, geht auch jetzt mit Arbeiterentlassungen vor. In es nun für einheimische Arbeiter schon sehr schwer, hier Arbeit zu erhalten, weil fast alle Fabriken und gewerblichen Unternehmen unter dem Drucke der traurigen wirtschaftlichen Lage zu leiden haben, so hat es hier allgemein überhäuft und verstimmt, daß beschäftigungslose Arbeiter aus den königlichen Eisenbahnwerkstätten in Potsdam hierher gemietet sind, um hier bei der Bahn beschäftigt zu werden. In Folge dieser Hinweilung haben sich in letzter Zeit entlassene Schlosser und Dreher aus Potsdam hier eingefunden, glaubend, daß sie hier in den Bahnhofswerkstätten, welche bekanntlich im letzten Jahre wesentlich vergrößert sind, in ihrem Beruf Beschäftigung finden würden. Diese armen Leute sind aber sehr enttäuscht worden; Arbeit ist denselben allerdings in Aussicht gestellt, aber nicht in ihrem Beruf, sondern als Erdarbeiter mit einem Verdienste von M. 1,75 den Tag. Für einen solchen Lohnsatz kann hier aber bei unseren theuren Verhältnissen kein rechtschaffener Mann bestehen, zumal, wenn er bisher andere Stellungen eingenommen und jetzt zur Erdarbeit greifen soll. Wir glauben, daß die Herren, welche die Arbeiter von Potsdam hier nach Budau geschickt, gut gethan hätten, einem Jeden zu sagen, welche Beschäftigung hier vorliegt, statt die Leute mit Hoffnungen in die Welt ziehen zu lassen, die nicht erfüllt werden können.

In den sächsischen und böhmischen Gebirgen ist die Noth sehr groß, da die armen Leute des hohen Schnees halber nicht einmal in den Wald zum Holz sammeln gehen können. Die Arbeit stößt überall und wo noch welche vorhanden ist, da kommt es vor, daß die Arbeiter der gewaltigen Schneemassen wegen nicht aus ihren Ortschaften fort können, um die fertigen Baaren abzuliefern und Rohmaterial sich zu holen. Man befürchtet nunmehr auch bei plötzlichem Thauwetter Wasserstürze und Hochfluthen, welche den Vändereien großen Schaden zufügen dürften.

Aus Mühlhausen in Thüringen wird geschrieben: Die Inhaber einer hiesigen Färberei waren beschuldigt, jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren länger als 10 Stunden und über 8 1/2 Uhr Abends hinaus in ihrer Färberei beschäftigt zu haben, und wurden von hiesiger Strafammer auf Grund der §§ 135 und 136 der Gewerbe-Ordnung zu einer Geldstrafe von je 200 M. bezw. für je 10 M. ein Tag Gefängnis verurtheilt.

Die westfälische Steinkohlenindustrie ist, wie der „Berl. Börs.-Ztg.“ aus Dortmund geschrieben wird, von einer neuen schweren Kalamität bedroht. Der Norddeutsche Lloyd in Bremen, welcher seit fünfundsiebenzig Jahren nur westfälische Kohlen zum Heizen seiner Dampfer verwandte, steht im Begriff, seinen Bedarf an Brennmaterial wieder aus England zu beziehen, da die einheimische Kohle durch die zu hohe Bahnfracht sich gegen das englische Produkt zu theuer stellt. Der Abschluß eines großen Quantums bei englischen Kohlenhändlern steht unmittelbar bevor, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Norddeutsche Lloyd auch fernerhin mit englischen Kohlen fahren wird, wenn die Verhältnisse sich nicht bald ändern und die Bahnverwaltungen sich nicht zu der längst vergeblich angestrebten Ermäßigung ihrer Frachten entschließen. Welcher Schlag dies für die westfälischen Gruben- und Grubenarbeiter sein würde, liegt auf der Hand; der Verbrauch des Lloyds beziffert sich im Jahr auf nicht weniger als 200 000 Tons, und seinem Vorgange werden bald die übrigen Dampfer-Gesellschaften folgen.

In Wien sind augenblicklich über 15 000, sage und schreibe fünfzehntausend Personen arbeitslos. Wir leben aber doch in der „besten aller Welten“.

Die Nothlage wird überall größer. So haben auch in Schönebeck bei Magdeburg einige Bürger die Summe von 600 Mark zusammengebracht, damit diejenigen Einwohner, welche arbeitslos sind, zur Befreiung der nothwendigsten Lebensmittel und der Feuerung Unterstützung erhalten.

Die Löhne auf den Werken zu Rostock sind gegenwärtig recht niedrig. Die Schmiede, Maschinenbauer und Eisenarbeiter erhalten 24 Pf. pro Stunde, die Schiffschmiedere 26 Pf. und die übrigen Werftarbeiter erhalten 18 bis 19 Pf. pro Stunde. Den Tag über wird 10 bis 11 Stunden gearbeitet.

Wie entwickelt das Klaffengefühl der amerikanischen Arbeiter ist, das beweisen ihre musterhaft und mit fellestem Opfermuth durchgeführten Streiks. Die Anzahl der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten von Amerika Streikenden wird von „Bradstreet's Journal“ wie folgt veranschlagt: in Pennsylvania, Maryland und Ohio 21 480 Grubenarbeiter; in New-England 9960 Schuhmacher, Arbeiter in Textilmfabriken und Metallarbeiter; westlich vom Alleghany-Beck 4000 Nagelschmiede. Diese, zusammen mit einigen kleineren Gruppen, bringen die Gesamtzahl auf 51 000 Arbeiter, die gegenwärtig gemeinsam ihre gerechten Ansprüche gegen das Kapital verfechten. Im Dezember 1894 hatten nur 18 000 Mann die Arbeit niedergelegt, damals noch dazu nur zu dem Zweck, Lohnherabsetzungen zu verhindern. Jetzt wollen die Arbeiter theils erhöhte Löhne, theils die Gewährung anderer Forderungen der Gewerksvereine erzwingen. Außer den vorstehend genannten Arbeiterklassen sind auch die Angestellten und Arbeiter verschiedener Pferde- und Eisenbahnen in Lohnkämpfe verwickelt.

Der große Streik auf den Gould'schen südwestlichen Bahnliesen dauert fort, aber aus St. Louis wird der Beginn von Unterhandlungen wegen eines Ausgleichs gemeldet, worin der Arbeiterkommissar aus Missouri als Vermittler fungirt.

Die bei der Pferdebahn in Cincinnati Angestellten, etwa 1000 Mann stark, haben 2 Dollars für zwölfstündige Tagesarbeit verlangt und stellen schließlich am 13. März ihre Thätigkeit ein, so daß sämtliche Pferdebahnen außer Betrieb waren. Später begünstigte sie sich mit 1 Doll. 85 Cent pro Tag und spätem ihre Thätigkeit wiederum auf. Auch in Toronto (Kanada) hat das Personal der Pferdebahnen gestreikt, bis es wenigstens einen anständigen Vergleich erzielte.

Briefkasten der Redaktion.

N. Charlottenburg. Schreiben Sie die Berichte künftig nur auf einer Seite des Papiers, da wir sie sonst nicht aufnehmen können.

G. B. 86. Senden Sie uns den Zeitungsauschnitt zu, wir haben die Noth nicht finden können.

G. S. 10. Die Adresse des Herrn ist Landsbergerstr. 32.

J. 25. Warten Sie erst die Entscheidung der dritten Instanz ab.

R. in R. Die ganzen rückständigen Steuern können auf einmal eingefordert und event. beigetrieben werden, auch wenn Sie zur Zahlung der einzelnen Steuertraten vorher nicht aufgefordert waren.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

69. Sitzung vom 18. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Burchard, Lucius, v. Scholz.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung einer Schiffabgabe auf der Unterweser, steht zur zweiten Beratung. Namens der Kommission referirt Abg. Pufferott: Nur England hat zwei Wasserbauten von der Grösse des Wasserprojekts aufzuweisen, Ade und Tyne. Schiffe der größten Fohrt sollen aus See 70 Meter weit in das Binnenland h ausgehen. Nur ein Mitglied der Kommission war der Vorlage nicht guntig gestimmt. Der Besorger, das die Abgaben geschadigt wurden, das den obersachsen Marschen das Suhwasser entzogen werde, wird das Abkommen Preussens und Oldenburgs mit Bremen begeben.

Die Vorlage wird genehmigt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Besteuerung des Zuckers.

Die Rubensteuer betragt jetzt 1,60 M. pro 100 Kilogramm. Die Vorlage will sie in zwei Stufen im Zwischenraum eines Jahres auf 1,70 bezw. 1,80 M. erhoehen. Die Kommission beantragt dagegen die Aufrechterhaltung des bisherigen Steuerbetrags, daneben aber eine besondere Melassesteuer, welche fur diejenigen Zuckerraffinerien, welche die aus den Ruben gewonnene Melasse selbst entzuckern, in Form eines Zuschlags von 10 Pf. fur den Doppelzentner Ruben, von den Raffinerien, welche angelassene Melasse entzuckern, ohne Ruben zu verarbeiten, durch eine besondere Melassesteuer von 3,30 M. pro 100 Kilogramm Melasse erhoben werden soll.

Die Exportvergutung (§ 2) soll nach der Vorlage von 18 M. auf 12 M. erhoht werden, wahrend die Kommission eine Ermassigung auf 16,80 M. fur Rubenzucker von mindestens 80 pCt. Polarisation vorschlagt. (Für raffinierten z. Zucker werden die Exportbonifikationsbeträge entsprechend hoher bemessen.)

Es liegen dazu 3 Anträge vor:

1. Rohland will die Rubensteuer von 1,60 M. in zwei Stufen auf 1,40 M. bezw. 1,20 M. ermässigen und dementsprechend auch die Bonifikation von 18 auf 14 bezw. 12 M. herabsetzen.

2. Graf Stolberg will die Rubensteuer auf 1,60 M. belassen, dagegen die Bonifikation in zwei Stufen auf 17,40 bezw. 16,40 M. ermässigen.

3. Gög von Dlenhausen und Pufferott wollen neben einer Rubensteuer von 1 M. eine Konsumsteuer von 10 M. pro Doppelzentner Zucker erheben und die Exportbonifikation auf 10,50 M. festlegen.

Außerdem geht während der Verhandlung 4. ein Antrag der Abgeordneten Heine und Bod ein, wonach die Exportvergütung nach einer Ausbeute von 1 Berliner Zucker auf 9 Berliner Ruben bei 93 pCt. Polarisation des Rubenzuckers bemessen werden soll.

Referent Witte: Den Vorschlägen der Kommission gegenüber haben die an dem bestehenden Zustand Interessierten ihre Uneigentlichkeit auf das nachdrücklichste und, wie sie behaupteten, nur aus sachlichen Gründen betont, und das bisweilen in so drastischer Weise, das die Renner der wahren Situation sich eines Vachens nicht enthalten konnten. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht gewesen, das eine Erhöhung der Rubensteuer ein höchst nachtheiliger Schritt sein werde zur Melassesteuerung. Mit der Einführung der Melassesteuer ist die Möglichkeit gegeben, den Wünschen der Industrie in Bezug auf die Festsetzung der Exportbonifikation entgegenzukommen. Die Vortheile, die sich daraus ergeben, werden besonders den Landesheerren zu statten kommen, welche zuckerärmere Ruben produzieren. Ich empfehle daher, die §§ 1 und 2 in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung anzunehmen.

Staatssekretär v. Burchard: Es wird Niemand Ihrer Kommission die volle Anerkennung verlagern, das sie mit größter Eingeung versucht hat, die höchst schwierige Frage der Neuregelung der Zuckersteuer zu lösen. Um so mehr muß ich es bedauern, das Ihre Vorschläge aus materiellen und formellen Gründen nicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen werden finden können. Eine Melassesteuerung würde in jeder Form, namentlich aber, wie hier vorgeschlagen, meines Erachtens völlig unausführbar sein. Unsere Steuer ist um die Hälfte höher als die in Frankreich; sie ist erheblich niedriger als die in Holland und Belgien; sie entspricht ungefähr dem Maß der Belastung in Oesterreich. Jedenfalls ist zur Zeit kein Anlaß, dieses wichtige Finanzobjekt allmählig abzubauen zu lassen, darauf hinzuwirken, das die Massenbelastung

Berliner Theater.

Ernesto Rossi als Graf Thorane.

R. C. Man hat behauptet, das Niemand eine fremde Sprache so erlernen könnte, das er in dem fremdem Idiom allen seinen Gedanken in derselben sein nützlichsten Weise Ausdruck geben könnte, wie in seiner Muttersprache. Es mag das hin gestellt bleiben, ob das ganz richtig ist, jedenfalls aber ist die vollkommene Beherrschung einer fremden Sprache eine viel wertvollere Erscheinung, als man gewöhnlich annimmt. Im Allgemeinen ist es nicht sehr schwierig, sich den Bedarf für den gewöhnlichen Verkehr und Umgang anzueignen, um sich aber verständlich zu machen; viele Leute glauben daher auch, das sie perfekte Franzosen oder Engländer sind, wenn sie über einen genügenden Vorkursus, über die Geheimnisse der Konjugation und Deklination verfügen, um allenfalls einen Zeitungsausschnitt lesen zu können. Für das gewöhnliche Leben genügt das auch, für eine künstlerische Leistung in einer fremden Sprache müssen jedoch unter allen Umständen höhere Leistungen gefordert werden, als wie dieselben durch bloßes Erlernen einer fremden Sprache hervorgebracht werden können. Wer das eigentliche Wesen, den Geist einer fremden Sprache in sich aufnehmen will, muß das Volk, welches diese Sprache spricht, studieren, er muß sich liebevoll in die Anschauungen derselben vertiefen, die Natur derselben beobachten und unwillkürlich Neugierungen erlaufen. Das ist sehr schwierig und mühsam, und erfordert in den meisten Fällen ein jahrelanges Studium, allerdings weniger aus toten Büchern als aus dem unvermittelten Verkehr mit den fremdsprachigen Menschen selbst.

In diesem Sinne aufgefaßt betriebligte Ernesto Rossi in seinem vorerzählten Gastspiel im Wallner-Theater als Graf Thorane im „Königskind von Danzig“ nicht. Allerdings läßt sich die ungemeine Schwierigkeit nicht verkennen, welche die Wiedergabe einer Rolle in zwei Sprachen bietet, von denen keine die Muttersprache des Darstellers ist. Es kommt freilich der Um-

stand als günstig hinzu, das die Rolle in gebrochenem Deutsch vorgetragen werden muß, das gebrochene Deutsch Roskis war jedoch etwas zu natürlich gebrochen. Einzelne Laute des deutschen Idioms sind dem Romanen überhaupt nicht geläufig, für das deutsche „ch“ sagt der Italiener sowohl wie der Franzose regelmäßig „k“. Außerdem war die Figur des Grafen Thorane gerade nicht diejenige, welche Ernesto Rossi besonders guntig liegt. Wer Ernesto Rossi beispielsweise im „König“ gesehen hat, wenn er mit der ganzen Bluth ungezählter Verdienste, mit der überwältigenden Kraft seines Genies das Publikum hinreißt, der erkennt ihn vorsehens Abend kaum wieder. In einzelnen Szenen kam allerdings ein gewisses Talent zum Durchbruch, er verstand es, sich in die Verge seiner Bühnen einzuschmiegen durch die Ungefühlichkeit seiner Naturlaute, durch jene wunderbare Art sich zu geben, dann aber wurde man unwillkürlich wieder ängstlich, man bedauerte, das ein so eminentes Talent in einer unpassenden Rolle vergeudet wurde. Dankbar muß die lebenswichtige Künstlerlaute des großen Tragöden anerkannt werden, das er sich dem deutschen Publikum einmal in einer deutschen Rolle präsentiren wollte. Leider blieb das Können hinter dem Willen zurück.

Die übrigen Darsteller thaten ihr Möglichstes, um nicht hinter dem Gast zu verschwinden. Herr Blende verstand es, mit gutem Humor, die Rolle des Mac in seiner steifen, dienstlichen Haltung wiederzugeben, Frau Carlsen war als Frau Kath Göthe ganz die liebevolle, sorgsame, dabei doch selbstbewußte Herrin des Hauses, ebenso verstand es Herr Gutber, sich gut mit seiner Rolle als pensionierter Professor abzufinden. Auch Herr Reigner und Frau Walther-Trost waren recht drastisch. Fräulein Neure als Gretel schwärmte sehr anschaulich für ihren Sergeant Major, den zukünftigen „Entendentes“. Weniger befriedigte Herr Kurz als Kath Göthe, er fand sich nicht recht in die Rolle des freizeitsstolzen Patriziers. Als Debutantin trat Fräulein Carlowska vom Deutschen Theater in Moskau auf, sie gab den jungen Göthe mit vielem Geschick und Feuer.

des Konsums sich verringert, und das würde die Folge des Stolberg'schen Antrages sein. Schon jetzt soll die Ausfuhrvergütung herabgesetzt werden, das heißt, es würde gegenüber dem jetzigen Soll der Steuerbelastung eine Herabsetzung eintreten. Wenn nun nach Verlauf einiger Jahre ein ähnliches Verhältniß zwischen Steuer und Vergütung vorliegen sollte, dann würde es allerdings in der Konsequenz des Antrages liegen, das wieder eine Herabminderung der Vergütung stattfinden würde unter Beibehaltung der Steuerbeträge; es würde mit anderen Worten eine weitere Herabminderung der Steuerauslage auf den Zuckerkonsum herbeigeführt sein. Ich glaube nicht, das die verbündeten Regierungen bei den gesteigerten Anforderungen an das Reich und der Schwierigkeit, andere Steuerobjekte heranzuziehen, auf diesen Vorschlag eingehen werden. Er hat eine prinzipielle Bedeutung, weil er im Gegensatz zu dem bisher innegehaltenen Wege eine Herabsetzung des Maßes der Zuckerbesteuerung zur Folge hat. Auch wirtschaftlich ist der Antrag bedenklich. Für den inländischen Preis des Zuckers ist mit entscheidend die Höhe der Vergütung. Setzen Sie diese herab, so bewirken Sie ganz ungewisselhaft damit ein Herabgehen des Zuckerpreises im Inlande. Bleibt aber die Gesetzgebung auf diese Weise den Anstoß zu einer Baiffe, so wird diese nicht bloß auf das Maß der Herabsetzung der Ausfuhrvergütung beschränkt bleiben, sondern sich wahrscheinlich in noch weiteren Kreisen fühlbar machen. Ferner: setzen wir die Vergütung herab, so wird natürlich versucht werden, die jetzt lagernden sehr erheblichen Vorräthe ins Ausland abzuführen zum jetzigen höheren Vergütungssatze. Das wird ungewisselhaft zu einer Herabsetzung des Preises führen und es wird nicht gelingen, diese Vorräthe sämmtlich zu den höheren Sätzen auf den ausländischen Markt zu werfen. Werden aber die Vorräthe erst nach Einführung der niedrigeren Vergütungssätze ausgeführt, dann wird die Industrie erst recht geschädigt. So sehr die verbündeten Regierungen im finanziellen Interesse natürlich der Fabriksteuer zustimmen würden, so erkennen sie die Materialbesteuerung für unsere Verhältnisse als die richtige Form an. Um diese aber durchzuführen, muß der Reichstag den Vorschlägen der Regierung entgegenkommen. Sonst würde es schwer abzuwenden sein, das die Fabriksteuer an die Stelle der jetzigen Materialsteuer trete.

Abg. Rohland: Man kann darüber verschiedener Ansicht sein, ob die Material- oder Fabriksteuer die richtigere sei. Wenn man sich aber für die Materialbesteuerung entscheidet, dann wäre es eine Bestrafung der Intelligenz und des Fleißes, wenn man die, welche Melassezuckerungsanstalten eingerichtet haben, jetzt besteuern wollte. Sie haben es getan aus Grund der bestehenden Gesetzgebung, und wenn man sie jetzt besteuert, so verletzt man ihr Rechtsgesühl. Diese Steuer würde aber auch eine ungerächte, weil ungleiche sein. Denn die Ruben in ungünstigem Klima und schlechtem Boden läßt mehr Melasse zurück als die in gutem Klima und gutem Boden. Man sollte die Zucker-Industrie, die sich ohnehin schon in einer schlimmen Position befindet, nicht mit einer größeren Steuer belasten, sondern ihr im Gegenteil mit Erleichterungen unter die Arme greifen. Wird der Bundesrath, wenn er in 3 bis 5 Jahren die Industrie durch diese Zuckersteuer an den Rand des Abgrundes geführt hat und gezwungen ist, mit einem Male zur Fabriksteuer überzugehen, diese Gesetzesvorlage verantworten können? Ich bitte den Bundesrath, sich die Sache noch einmal zu überlegen, ehe es zu spät ist.

Abg. v. Wedell-Malchow: Im Gegensatz zur Regierung halten wir eine Melassebesteuerung für sehr wohl durchführbar, glauben auch nicht, das es nöthig sein würde, zu diesem Zweck in das Gesetz eine Definition des Begriffes „Melasse“ aufzunehmen.

Abg. Lohren: Die Majorität meiner Parteigenossen erblickt in den Beschlüssen der Kommission nicht bloß eine Verbestärkung der jetzigen Verhältnisse, sondern auch der Regierungsvorlage.

Bundeskommissar Geh. Rath Doccus muß dem Vordränger gegenüber daran festhalten, das die Melassesteuer, wie sie die Kommission vorschlägt, zur Zeit nicht durchführbar sei.

Abg. Graf Udo Stolberg: Ich verkenne nicht das Wohlwollen, von dem die Regierung bei Einführung ihrer Vorlage geleitet wurde; trotzdem hat sich letztere nur eines geringen Beifalls erfreut, und in der Kommission sind nur zwei Mitglieder dafür eingetreten. Den Zucker so erheblich mehr zu zu belasten, wie es die Regierung will, halte ich schon deshalb für bedenklich, weil er bereits in Höhe der Hälfte seines Wertes, also im Vergleich zu anderen Konsumtublen außerordentlich hoch belastet ist.

Abg. Buhl: Der Staatssekretär von Burchard hat die Kommissionsvorschläge einer sehr abfälligen, schneidigen Kritik

unterzogen; ebenso aber auch der Abgeordnete Lohren die Regierungsvorlage. Aber wir müssen doch aus dem gegenwärtigen Zustande heraus. Wie sich der Herr Staatssekretär so prinzipiell ablehnend gegen den Antrag des Grafen Stolberg verhalten und dessen direkte Ablehnung durch die verbündeten Regierungen in Aussicht stellen konnte, habe ich nicht verstehen können. Nehmen wir den Vorschlag der Kommission an, so betreten wir zwar einen schwer gangbaren, aber doch den gangbarsten Weg.

Minister für die Landwirtschaft Dr. Lucius: Ich bedaure, das die Vorschläge der verbündeten Regierungen so wenig Anhang in dem hohen Hause gefunden haben, weil ich nach wie vor der Ansicht bin, das sie am meisten den Interessen der Landwirtschaft und Industrie Rechnung tragen. Die Vorschläge bewegen sich genau auf der Bahn der Entwicklung der gesammten Zuckerindustrie, sie verfolgen den Zweck, einmal die Steuereinnahmen aus dem Zucker wieder in ein richtiges Verhältniß zu setzen, sie zu erhöhen, andererseits die Exportbonifikation entsprechend den jetzigen Rendementsverhältnissen zu reguliren. Deshalb wird die graduelle Erhöhung der Steuer um 10 Pfennig für den Doppelzentner im ersten und wieder um 10 Pfennig in dem zweiten Jahre vorgeschlagen; das würde bei Verarbeitung von 100 Millionen Doppelzentnern per Jahr 10 Mill. Mark ausmachen, vom zweiten Jahr an doppelt soviel. Das ist ein ungewisselhaftes Ergebnis, was bei keiner anderen Besteuerungsform erreicht wird. Mit Herrn Abg. Lohren theile ich vom landwirtschaftlichen Standpunkte die Ansicht, das die Melassebesteuerung wünschenswerth ist, wenn sie nur möglich wäre. Sie ist aber nicht möglich, und meines Erachtens wird der Versuch, die Melassesteuer einzuführen, höchst scheitern. Die gleichen Ausführungen des Dr. Scheidter hierüber sind um so zutreffender, als er ein Anhänger der Fabriksteuer ist. Sämmtlicher in der Ruben enthaltene Zucker ist mit der Rohsteuer bereits getroffen, und es ist ganz gleichgültig, wie die Säfte nachher weiter behandelt werden. Propfen Sie die Melassesteuer auf die Rohsteuer auf, so haben Sie damit den Uebergang zur Fabriksteuer. (Sehr richtig! rechts.) Dann würde entweder die Melasse noch Frankreich gehen, wie zum Theil schon jetzt, um zum Spiritus verwendet zu werden, was also indirekt den heimischen Kartoffel- und Spiritusbrennern Konkurrenz machen würde, oder nach England, dann würden sich notwendig dort Strontian- oder Coelestinfabriken entwickeln und so die heimische Landschaft geschädigt werden. Nehmen Sie die Vorlage der verbündeten Regierungen unanändert an im Interesse der Landwirtschaft und der Industrie. (Beifall rechts.)

Abg. Heine (Sozialdemokrat): Ich habe mich an den Beratungen der Kommission nur so lange betheiligt, als Aussicht dafür vorhanden war, die Rohmaterialsteuer durch eine Fabriksteuer zu ersetzen. Als es sich aber nur noch darum handelte, wie hoch die Exportbonifikation zu bemessen sei, habe ich es im Interesse der fortschreitenden Kultur für besser gehalten, wenn ich nicht mehr theilnehme (Gruß rechts), ich beziehe deshalb lieber den 19. jährlichen Wahlkreis, um den fünfundsiebenzigsten Sozialdemokraten durchbringen zu helfen. (Große Heiterkeit.) Die Zuckerindustrie soll nothwendig sein und deshalb noch mehr Staatsunterstützung erhalten. Wenn wir für die nothleidenden Arbeiter etwas erbitten wollten, würde man uns gar nicht beachten. Die nothleidende Industrie ist freilich etwas Anderes! Aber die Roth im Volke ist sehr groß. Hier in Berlin geben die beschäftigungslosen Arbeiter Abends in den Vororten beteln und nach der „Germania“ berricht in Westpreußen der Hungertypus ganz schrecklich. Die nothleidende Industrie ist nur ein imaginärer Begriff, denn ich kann mir die Fabriken nicht ohne Arbeitgeber und Arbeiter denken. Durch die Unterstützung des Staates erhalten Arbeiter, Aktionäre und Rubenbauer sehr bedeutende Vortheile, aber nicht die Arbeiter; zeigen Sie mir einen einzigen durch die Unterstützung reich gewordenen Arbeiter! Demen geht es sehr schlecht. In einer der größten Fabriken, der des Herrn Kollegen Diege in Barby, erhalten die Arbeiter in der Mehrzahl 1,50 bis 1,75 M. pro Schicht, natürlich werden Ueberstunden gemacht, weil dieser Lohn nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren, jedes Versehen kostet Straf-gelder von 50 Pf. bis 3 M., der Gesundheitszustand ist schlecht und die Behandlung der Leute läßt sehr viel zu wünschen übrig. Der Arbeiter soll nicht der Industrie wegen da sein, sondern die Industrie des Arbeiters wegen? Was geschieht aber den Arbeitern? Ueber die vom Lohn einbehaltenen Straf-gelder wird niemals Rechenschaft abgelegt. Das ist, das die Herren Inspektoren die Strafgelehrer vielfach in die Tasche stecken und dafür ihre Champagnerflaschen bezahlen. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Unterstützung, welche der Staat bisher gewährt hat, hat sich für die Fabrikanten vortheilhaft erwiesen, aber nicht für die Arbeiter. Wir halten den Zucker für ein nothwendiges Lebensmittel und wünschen deshalb, das der Verbrauch desselben gesteigert werde. Was unsern Antrag betrifft, so geben wir uns keinen zu großen Hoffnungen hin. Wollte man endlich zur Fabriksteuer übergehen, so würden sich auch die Schäden, welche mit der Exportbonifikation verbunden sind, am besten beseitigen lassen.

Abg. Garle: Die Mittheilungen des Staatssekretärs über das Erträgniß der Zuckersteuer im laufenden Jahre lauten geradezu erschreckend und überschreiten weit die bisher über den Verfall der Zuckersteuer begebenen Besorgnisse. Die Kommission hat es aber als ihre Pflicht angesehen, die Frage der Melassebesteuerung näher zu ireten und einen dahin gehenden Antrag zu stellen. Wenn sie dies unterlassen hätte, dann hätte man ihr von allen Seiten den Vorwurf gemacht, das sie dieser schwierigen Frage schon aus dem Wege gegangen sei. Die Regierung erklärt sich auf bestimmte Weise dagegen, und wenn somit keine Aussicht auf Annahme vorhanden ist, dann könnte ich mich am besten für den Antrag Stolberg aussprechen, der bei Beibehaltung der bisherigen Rubensteuer eine weitergehende Herabsetzung der Ausfuhrvergütung in sich schließt, und der somit den doppelten Zweck, Vermehrung der Staatseinnahmen und Entlastung des Inlandskonsums, außer dem Antrage der Kommission, am besten erfüllt.

Abg. Struermann bittet nach den Erklärungen des landwirtschaftlichen Ministers die Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. Diege (Barby) (persönlich): Der Abg. Heine hat meinen Namen in die Debatte gezogen in ganz unberechtigter Weise, von den Verhältnissen gesprochen, die auf meiner Fabrik bestehen sollen. Er hat dabei Lohnsätze angeführt, von denen ich sagen muß, das zwar einige Arbeiter solche erhalten; aber der weit-aus größte Theil meiner Arbeiter erhält Löhne, die um das Doppelte höher sind, als die höchsten vom Abg. Heine genannten Sätze. In Bezug auf die Strafgelehrer hat er gesagt, man wisse nicht, wo dieselben bleiben. Ich erwidere, das auf meiner Fabrik es zu den äußersten Seltenheiten gehört, das Arbeiter mit Strafgelehrern belegt werden. Bis zur Einführung des Krankenlaffengesetzes floßen diese Gelder in die Kranken-

Lasse, zu deren Unterhaltung keiner von meinen Leuten auch nur einen Pfennig sonst beigetragen hat. Ich habe viel mehr selbst alle Kosten der Krankentafel bezahlt, und die Strafgelder, die dazu mitverwendet wurden, belassen sich im Jahre auf etwa 2-3 Tblr. (Hört! hört! rechts.) Ich übergebe die anderen Behauptungen des Herrn, gebe mich aber der Hoffnung hin, daß durch solche Exzerzieren das gute Verhältnis, das zwischen mir und meinen Arbeitern seit mehr als vierzig Jahren besteht, keinerlei Störung erfahren wird. Der beste Beweis für dasselbe ist die Thatsache, daß bei jeder Wahl in Borsig die Sozialdemokraten es nie zu einer höheren Zahl von Stimmen gebracht haben, als bis auf 20. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Warum denn? wie geht das zu? Exzerzieren ist kein parlamentarischer Ausdruck.“) Wenn der Ausdruck so scharf war, so muß ich sagen, daß es auch kein liebevolles Unbefangen ist, das gute Verhältnis zwischen mir und meinen Arbeitern auszulösen. (Sehr richtig! rechts.) Der Präsident erklärt den Ausdruck „Exzerzieren“ für unparlamentarisch.

Abg. Heine: Die Thatsachen, die ich über Verhältnisse in der Fabrik des Herrn Dieze anführte, sind mir von drei verschiedenen Seiten übereinstimmend mitgeteilt worden.

Abg. Dieze: Das ist doch kein Beweis für ihre Richtigkeit; denn das unter so viel Arbeitern drei Mißvergnügte sind, ist kein Wunder.

Die weitere Beratung wird um 4 1/2 Uhr bis Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem soll der Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung einer Schiffsabgabe auf der Unterweser, in dritter Lesung beraten werden.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 18. März.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. — Am Ministerische v. Puttlamer, Dr. v. Gögler und mehrere Kommissarien. Das Haus legt die zweite Etatsberatung fort. Beim Etat der Staatsarchiv wurde die erste Bauart zur Errichtung des zur Aufnahme des Regdeburger Staatsarchivs bestimmten Gebäudes in Halle (80 000 M.) abgelehnt. — Beim Etat des Abgeordnetenhaus beantragt Abg. Douglas (Freil.) die Regierung zu eruchen, technisch feststellen zu lassen, ob sich das Reichstagsgrundstück zur Errichtung eines neuen Abgeordnetenhaus eignet; event. bezügliche Baupläne anfertigen zu lassen. — Abg. v. Heereman (Zentr.) beantragt hierzu, daß event. die Regierung einen anderen geeigneten Bauplatz in Vorschlag bringe. — Abg. v. Meyer-Arnswalde (Konf.) erklärte sich aus finanziellen Gründen gegen einen Neubau, und hält das gegenwärtige Gebäude für besser, als man es darstellen. Er fühle sich lammlich wohl darin. — Abg. Jansen (Zentr.) ist für den Antrag Douglas, aber gegen den Zusatz Heereman. — Abg. Windigorski (Zentr.): Das jetzige Gebäude reiche nicht aus; es bietet weder genügende Räume zur Beratung noch zur Erholung. Das jetzige Reichstagsgebäude sei baulich mangelhaft; aus dem jetzigen Abgeordnetenhaus müsse man sobald wie möglich fortzukommen suchen zum Schutze des Lebens der Abgeordneten und Minister. Nachdem noch v. Heereman (Zentr.) und Graf (Nat.-Lib.) die Anträge beantwortet, wurden dieselben mit großer Mehrheit angenommen. — Beim Bergwerks Etat erklärt Reg. Rath Duyssen auf Anfrage des Abg. Berger (Lib.): Das Campaulener Grubenunglück sei durch vorchristliches Umgeben mit einer Dampfmaschine herbeigeführt. — Beim Eisenbahn-Etat wurde der Antrag Petzsch (Zentr.) (Fahrpreisermäßigung für Waisenhauskinder) der Regierung zur Erwägung überwiesen. — Beim Etat der Landwirtschaft, Verwaltung wurde die Regierung um Erwägung ersucht, ob eine beschleunigte Fortsetzung des Süd-Nord-Kanals wirtschaftlich zu empfehlen sei; eventuell soll die erforderliche Summe in den nächsten Etat aufgenommen werden. Beim Kultusetat endlich wurde die Regierung um Einstellung einer Summe in den nächsten Etat ersucht, zur Entschädigung der Superintendenten. — Schließlich wurde das Staatsgesetz genehmigt, nachdem die Einzellesung angenommen worden waren. Damit ist die zweite Lesung beendet. — Nächste Sitzung Freitag, den 19. März, 12 Uhr: Petitionen. — Schluß 4 Uhr.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung von Donnerstag, den 18. März.
Der Stadtverordneten-Vorleser Herr Büchtemann eröffnet die Versammlung um 5 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Der Stadtd. Herold sucht um Urlaub nach; seine Vertretung übernimmt der Stadtd. Gördt.
Es wird in die Tagesordnung eingetreten.
Berichterstattung des Etats-Ausschusses über den Etat für die Verwaltung der städtischen Gasanstalten pro 1. April 1886/87. Berichterstatter ist der Stadtd. Mattern. Derselbe empfiehlt der Versammlung folgenden Beschluß zu fassen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr auf die Anfrage des Stadtd. Löwe und Genossen, betreffend die Herabsetzung der Gaspreise für gewerbliche Zwecke, recht bald eine Vorlage zu machen.
Stadtd. Löwe zieht zu Gunsten des vorliegenden Antrages seinen Antrag, 20 000 Mark vom Etat abzulegen, zurück. Dieser Antrag habe nur den Zweck gehabt, den Magistrat zu zwingen, die dilatorische Behandlung der Angelegenheit aufzugeben. Die Herabsetzung des Gaspreises für gewerbliche Zwecke werde aus von der „Englischen Gesellschaft“ zugegeben werden, da dieselbe in Ehrenfeld bei Köln eine Herabsetzung des Gaspreises um 20 Pct. bewilligt habe.
Der Antrag des Etats-Ausschusses wird angenommen.
Der Etat der Gaswerke wird in Einnahme und Ausgabe auf 14 383 700 M. festgesetzt.
Antrag, betreffend die Erhöhung des pensionsfähigen Gehalts der städtischen Turnwart. (Antrag Dr. Irmer.) Der Berichterstatter Stadtd. Dr. Kärten empfiehlt den Antrag in folgender Form: Die Versammlung ersucht den Magistrat, den Turnwarten künftig eine bestimmte Anzahl von Unterrichtsstunden aufzuerlegen und demgemäß eine entsprechende Erhöhung des pensionsfähigen Gehalts derselben eintreten zu lassen.
Diese Resolution wird angenommen.
Etat für die Kanalisationswerke und die Verwaltung der städtischen Rieselwerke pro 1. April 1886/87. Berichterstatter ist der Stadtd. Spinola. Derselbe empfiehlt die Anträge des Ausschusses.
Stadtd. Gördt: Eine wichtige Frage für die Verwaltung der Stadt ist es, ob nicht ein anderes System der Reinigung der städtischen Spülwässer möglich ist. Es wäre angemessen gewesen, daß der Ausschuß die Gründe angeführt hätte, welche gegen die Prüfung neuer Vorschläge sprechen. Der Magistratsvertreter hat es selber ausgesprochen, daß die Stadt einer ungewissen Zukunft in der Rieselwerke wirtschaft entgegengehe, sobald alle Theile der Stadt an die Kanalisation angeschlossen sind. Die Wissenschaft hat noch nicht festgestellt, ob der betriebsfähige Boden nicht schließlich übersättigt wird. Und es ist gesagt, daß andere Städte, welche die Verlesung eingeführt haben, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Der Magistratsvertreter hat gegen das Petri'sche Verfahren nicht gerade glänzende Gründe angeführt. Einer seiner Einwürfe gipfelte darin, daß die Bassins, die bei diesem Verfahren nötig sind, ungeheure Kosten in Frankfurt a. M. verursacht haben. Dort wird aber ein ganz anderes chemisches Verfahren angewendet, als Prof. Petri vorschlägt. Aus seiner Kostenrechnung geht hervor, daß die Kosten der Anlage der

Bassins seines Systems in keinem Verhältnis zu der Summe stehen, welche der Ankauf von Rieselwerken verschlingt. Es ist ferner unwichtig, daß jenes Verfahren sich auf das Raslofahren stützt. Aus diesen Gründen ist es dringend geboten, jenes System zu prüfen und ihm etwas unparteiischer als bisher entgegenzutreten. Sind also noch in diesem Etat Summen disponibel zu derartigen Untersuchungen?

Stadtd. Sammler hält derartige Untersuchungen für überflüssig.
Stadtrath Martgraf giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat es nicht für nötig halte, weitere Versuche zu machen. In einer Polemik mit Prof. Petri wolle er sich jetzt nicht einlassen. Doch werde in kurzer Zeit bei der Neubewilligung des Systems VIII auch über dieses Verfahren Auskunft erteilt werden. Der Magistrat werde mit Anträgen auf Bewilligung größerer Summen für die Anschaffung neuer Rieselwerke an die Versammlung herantreten. Eine jetzt vorzunehmende Prüfung neuer Systeme sei eine Vergeudung von Zeit und Mitteln.
Ein bestimmter Antrag ist nicht gestellt, die Anfrage ist erledigt.

Nach einer kurzen Debatte zwischen den Stadtd. Hoffmann II, Ramsau und Spinola wird der Etat in Einnahme und Ausgabe nach den Anträgen des Ausschusses festgesetzt.

Unter großer Unruhe der Versammlung, die zu mannigfachen Beschwerden Anlaß giebt, werden eine Anzahl unwesentlicher Vorlagen debattelos nach den Anträgen des Magistrats erledigt.

Ankauf des der Petri-Kirchengemeinde gehörigen Theiles des alten Falcks-Kirchhofs in der Kürassierstraße. Der Platz soll zu einem Spielplatz eingerichtet werden. Der Gemeinde-Rath verlangte pro Quadrat-Ruthe zuerst 600, dann 500 Mark. Dieser Preis erschien der Stadtverordneten-Versammlung zu hoch und sie lehnte am 3. September v. J. den Antrag ab. Der Magistrat trat in neue Verhandlungen und hegt die Hoffnung, zu dem Preis von 450 M. pro Quadratruthe den Platz zu erhalten und stellt den Antrag, für den Ankauf des ca. 450 Quadratruthe großen Theiles vom alten Falcks-Kirchhof die Erhöhung des Kaufpreises auf 450 M. und die Anweisung des Kaufpreises auf 215 000 M. zu genehmigen.

Stadtd. Dr. Langerhans erklärt sich gegen den Antrag. Die Kirche, nicht die Stadtverordneten-Versammlung hätte entgegenkommen müssen.

Stadtd. Mattern empfiehlt den Antrag.

Stadtd. Gördt: Welche Ereignisse sind eingetreten, und von unserem früheren Beschluß zurückzuführen? Wir sind damals nach gewissenhafter Erwägung zur Ablehnung der Vorlage gekommen. Wohl wollen wir Opfer für die Einrichtung von Spielplätzen bringen, aber sie müssen eine Grenze haben. Wenn die Kirche die Aufgaben erfüllen will, die zu erfüllen sie vorgiebt (ohoh!) dann muß sie uns entgegenkommen. Aber dem unerfüllten Appetit der Kirche gegenüber haben wir an den einmal gefassten Beschlüssen festzuhalten. (Große Unruhe.)

Der Antrag des Magistrats wird angenommen.
Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Wäldenstraße 49/50. Nach kurzer Diskussion wird der Antrag des Magistrats abgelehnt.

Geldbewilligung zum Zwecke von Vorarbeiten für eine in Berlin zu veranstaltende deutsche nationale Industrie- und Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1888. Der Magistrat beantragt eine Bewilligung von 30 000 M. aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben.

Oberbürgermeister v. Forckenbeck: Eine nationale Ausstellung in Berlin würde im hohen Interesse der deutschen Gesamtindustrie liegen. Die Klein- und Mittelindustrie hege den lebhaftesten Wunsch, eine solche Ausstellung zu haben; die Großindustrie werde folgen. Gegenüber den Bestrebungen der Nachbarländer für eine internationale Ausstellung sei die nationale Ausstellung der einzige Weg, ohne allen Nachteil der deutschen Industrie die Freiheit der Entscheidung zu wahren. Von den berufenen Faktoren müsse die Ausstellung in die Hand genommen werden und das seien in erster Reihe die Gemeindebehörden der Reichshauptstadt.

Stadtd. Singer erklärt sich gegen die Vorlage. (Ausführlicher Bericht folgt nach.)

Nach einer Erwiderung des Oberbürgermeisters und nachdem der Stadtd. Löwe eine nationale Ausstellung empfohlen hatte, wird der Antrag des Magistrats angenommen.

Eine Reihe unwesentlicher Vorlagen werden debattelos angenommen.

Einsetzung einer Spezial-Kommission behufs freihändigen Erwerbs der Grundstücke auf der Südseite des Wäldenbanns. Der Magistrat beantragt 1. daß eine aus 3 Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung und 2 Mitgliedern des Magistrats bestehende gemischte Deputation behufs freihändigen Ankaufs der Hausgrundstücke auf der Südseite des Wäldenbanns eingesetzt werde, und 2. daß diese Deputation nach Wehrheitsbeschlüssen selbstständig, ohne einzuholende Zustimmung der städtischen Behörden, die genannten Grundstücke im Wege freiwilliger Vereinbarung anzukaufen berechtigt ist, jedoch nur unter der Bedingung, daß von der großen Berliner Pferde-Eisenbahn Aktiengesellschaft zu Berlin der vertragsmäßig festgesetzte Betrag von 700 000 M. gezahlt wird.

Stadtd. Dr. Irmer hat gegen diesen Antrag verfassungsmäßige Bedenken. Die Versammlung gebe ein prinzipielles Recht aus den Händen.

Stadtrath Meudrink kann derartige Bedenken nicht finden.

Stadtd. Singer: Ich muß ebenso, wie Kollege Irmer, mich gegen das Prinzip erklären, das dem Antrage des Magistrats zu Grunde liegt. Wir können das wichtige Recht der Geldbewilligung nicht aufgeben. Welche Meinung würde im Lande herrschen, wenn der Reichstag derartige Delegationen einsetzen wolle. Und dann ist es in der That auch gleichgültig, ob ein solcher Hauskauf 8 Tage früher oder später abgeschlossen wird. Die Kommission darf das Recht selbstständiger Preisbestimmungen nicht erhalten. Das ist im Interesse der Selbstverwaltung geboten.

Bei der Abstimmung wird der Theil 1 des Magistratsantrages in einer von dem Stadtd. Wied modifizirten Form angenommen, Theil 2 in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 27 Stimmen ebenfalls.

Ausführung der Facaden am neuen Polizeidiensgebäude. Die Entwürfe werden schließlich genehmigt und ebenso, daß die Vorbereitungen zur Ausführung schon jetzt getroffen werden.

Entwurf zum Bau einer höheren Bürgerschule in der Alexandrinenstraße wird nach den Magistratsanträgen genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.
Schluß 9 1/2 Uhr.

Lokales.

er. Noch immer läßt die Kälte nicht nach, die ganze Natur erstarrt immer noch in Eis und Schnee, und vergeblich erwartet Alles die belebenden und erwärmenden Strahlen der Frühlingssonne. Handel und Wandel liegen darnieder, die Arbeitslosigkeit kann augenblicklich kaum noch gesteigert werden, am meisten leiden wohl die Bauhandwerker unter den Unbilden der Witterung. Die Bauten liegen still und verödet, der Maurer und Zimmermann feiert und mit ihnen zugleich müssen nothgedrungen alle die Handwerker und Arbeiter die Hände in den Schooß legen, deren Beschäftigung von dem

tätigen Fortschreiten der eigentlichen Bauhätigkeit abhängt. Der vergangene Winter — man kann eigentlich kaum von der Vergangenheit derselben sprechen — war hart und wer vielleicht einige Mark für die arbeitslose Zeit aufgespart hatte, hat das Geld längst ausgegeben und jedenfalls sind in unglücklichen Familien die unentbehrlichsten Gegenstände auch schon lange ins Leihhaus gewandert. Und immer noch herrscht die Kälte, wie groß auch die Sehnsucht nach einem Umschlag der Witterung sein mag — der heiße Wunsch des Herzens vermag den Schnee nicht schmelzen zu lassen, das glühende Verlangen nach Thätigkeit und Beschäftigung bricht das Eis nicht, welches den Beginn der Arbeit hindert. So sehen wir diesmal die Bauhandwerker unter ungünstigen Bedingungen die Frühjahrsarbeit aufnehmen oder — was dasselbe sagt — in den Lohnkampf ziehen. Noch vor wenigen Wochen, ja noch vor Tagen hatte es den Anschein, als könnte in diesem Jahre der unseltsame Streik vermieden werden, die Arbeiter aber auf eine gütliche Beilegung der Lohnstreitigkeiten schwinden mit der anhaltenden Ungunst der Witterung zusehends. Der Arbeitgeber weiß, wie es mit den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeitnehmer steht; er weiß, daß die Roth so hoch gestiegen ist, daß ein längerer und ernstlicher Widerstand kaum zu befürchten ist, und mit dieser Voraussetzung scheint die Meisterschaft des Bauhandwerks diesmal die Gesellen an sich heranziehen lassen zu wollen. Man kann sich nicht verhehlen, daß dieser Plan etwas grausam Vernünftiges an sich hat, er zeigt, daß der Arbeitgeber gewillt ist, die sich ihm bietenden Chancen in der ergiebigsten Weise auszunutzen. Noch vor kurzer Zeit konnte man sich der berechtigten Hoffnung hingeben, daß man den glücklichen Ausweg aus dem Dilemma gefunden hatte; damals allerdings konnte man noch nicht wissen, daß die Kälte so lange anhalten würde, man mußte annehmen, daß die Bauhütten unter den gewöhnlichen Bedingungen ihren Anfang nehmen würde. Heute hat sich die Situation geändert und mit ihr zugleich die Taktik der Herren Arbeitgeber. Wo man noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit Milde und Barmherzigkeit zeigte, da hält man jetzt Härte und kurze Ablehnung für angebracht, und mit den veränderten Verhältnissen haben auch gegebene Versprechen ihre Gültigkeit verloren, an die Stelle der bindenden Abmachungen sind Winkelzüge und leere Redensarten getreten. Die gesammelte Berliner Presse macht sich vor wenigen Tagen ein besonderes Vergnügen daraus, für die hamäleonartige Haltung der Arbeitgeber und ihres Organs, der „Baugewerks-Zeitung“, beim großen Publikum Stimmung und Propaganda zu machen, trotzdem aber werden sich die Kundigen und namentlich die Arbeiter nicht betören lassen, es wird der Meisterschaft der Vorwurf nicht erspart bleiben werden, daß man eine Zusage in dem Augenblick zurücknahm, als man glauben konnte, daß man zum Halten derselben faktisch nicht mehr gezwungen werden konnte. Eine derartige Handlungsweise kennzeichnet sich selbst; wir wollen uns ein Urtheil über dieselbe ersparen, nur das wollen wir hervorheben, daß eine derartige Kampfmethode unter ehrlichen Gegnern blöder noch nicht üblich war. Die „Baugewerks-Zeitung“ weiß, um den eigentlichen Kern der veränderten Handlungsweise zu verschleiern, nur leere Ausflüchte zu machen, sie windet sich um die wirkliche Sache herum, indem sie sich an leicht zu widerlegende Auserlichkeiten anlehnt. So schreibt das Meisterorgan in seiner Nummer vom vorigen Sonnabend:

„Die Lohnkommission dürfte seitens der Bauarbeiterschaft als vollgiltige Vertretung kaum angesehen werden, denn man kann doch nicht behaupten, daß die von 1500 Maurern am 26. Februar in der Tonhalle gewählte Kommission alle Maurer Berlins — man darf die Gesamtzahl wohl auf 12 000 annehmen — vertritt; diese Lohnkommission kann unseres Erachtens schon aus dem Grunde nicht als wirkliche Vertretung aller Berliner Maurer angesehen werden, weil sie die Arbeit beseitigen will.“

Ueber den letzten Punkt wollen wir hier nicht rechten, obwohl die Lohnkommission mit diesen Bestrebungen vollkommen im Recht ist, wie dies übrigens schon mehrfach und von durchaus beachtenswerther Seite nachgewiesen ist. Was nun aber jene Versammlung vom 26. Februar betrifft, so war dieselbe, wie fast alle Maurerverfassungen, äußerst stark besucht, und daß die Tonhalle mehr als 1500 Personen faßt, das dürfte jedem Berliner bekannt sein. Außerdem aber fanden mehrere Tausend Maurer keinen Einlaß mehr, und glaubt die „Baugewerks-Zeitung“ etwa, daß sich unter diesen so viele Anhänger der Meisterschaft befunden hätten? Wir glauben ihr die derührende Versicherung geben zu können, daß unter diesen kein Einziger gewesen ist, der nicht aus tiefstem Herzensgrunde den Beschlüssen der Versammlung zugestimmt hätte. Wie aber will denn die „Bauarbeiterschaft“ die Beschlüsse der Gesellen entgegennehmen, wenn dies nicht durch eine in einer öffentlichen Maurerverammlung gewählte Kommission geschehen soll? Sollen die 12 000 Maurer in einem Lokale Berlins zusammenkommen? Dann muß die „Bauarbeiterschaft“ erst ein solches auf ihre Kosten herstellen lassen, denn bis jetzt hat Berlin ein derartiges Lokal noch nicht aufzuweisen. Die „Baugewerks-Zeitung“ macht im Interesse der Arbeiterschaft nur leere Redensarten, um die Sache in die Länge zu ziehen; die Meister wollen heute noch keine endgiltige Einlösung abgeben, weil bei anhaltender ungünstiger Witterung ihnen die Gesellen — wie sie wenigstens glauben — durch Mangel und Entbehrungen von selbst in die Arme getrieben werden. Das ist das eigentliche Motiv der perfiden Handlungsweise. Hoffentlich rächt sich dieselbe!

Der Friedrichshain bot diesmal zum 18. März das Bild der schönsten Winterlandschaft; blendend weißer Schnee bedeckte Bäume und Rasen, der denkbarste Gegenatz zum 18. März 1848, der ein wahrer Sommertag war. Zahlreich pilgerte man auch diesmal zu den Gräbern der Gefallenen; beständig bewegte sich ein Menschenstrom hinauf und hinab, aber die Kränze waren spärlicher gefaßt, als sonst, die Linde inmitten des Friedhofes war ganz leer — es sind schlechte Zeiten. Das Gros der Besucher waren Arbeiter und Handwerker, welche zum Theil direkt von der Werkstatt hierher gewollt waren. Der Frankfurter Prozeß hatte hier stark widerwärtig sich einer rührte, hieß es: „In Frankfurt!“ Im Anschluß hieran wird von besondern Seite noch folgendes mitgeteilt: „Was ist heute wohl verboten?“ zur weiteren Erörterung dieser Frage liefert folgende keine Episode, welche sich gestern Morgen am Eingang zur Ruhstätte der Rügegefallenen im Friedrichshain abspielte, ein drastisches Material. Eine Deputation des Douisenstädtischen Bezirksvereins „Vorwärts“ war dort erschienen, um im Namen der Mitglieder des Vereins, zum Gedächtniß der Freiheitskämpfer von 1848, einen Kranz niederzulegen. Zunächst wurde die Deputation nun ersucht, die wenigen rothen Blumen aus dem Lorbeerkranz zu entfernen, was auch geschah; sodann verlangte der wachhabende Beamte auch noch die Entfernung der weißen Schleife von dem Kranz. Diefelbe trug in rother Schrift die Widmung: „Den gefallenen Freiheitskämpfern; gewidmet vom Arbeiterbezirksverein „Vorwärts“! Nach einigen Parlamentären der Deputation (contra Schuyman) wurde auch dieser Anstoß beseitigt und nun konnte der Kranz seiner Bestimmung gemäß verwendet werden, um in seinem hoffnungsvollen Grün Zeugniß davon zu geben, daß die organisirten Arbeiter Berlins stets dener gedenken werden, die für die Freiheit der Menschheit gestritten haben! — Das Sonderbarste bei der ganzen Sache ist nur, daß ein vom Arbeiterbezirksverein „Dien“ mit gleicher Widmung auf weißer Schleife und goldener Schrift versehener Kranz undenkbar platziert werden konnte! — Was ist nun wohl verboten?“

Humanität. „Der Meistergeist ganzerammer sagt mich an“, welchen fühlenden und denkenden Menschen erhalt nicht diese Empfindung tausendfach auch nur beim Anblick vor-

einzelnen Glends. Unsere gebildeten Herren und Damen kennen unsern Göthe und zumal Göthe's „Faust“, sind aber das Gretchen entzückt und weinen auch Thränen über dieselbe — Gretchen ist einmal Naßlich und Kyklop — es würde also ungememe „Umbildung“ vertragen, wenn man nicht so thut, als wenn man Göthe verstände und mit ihm empfinde. Jede höhere Tochter weiß, daß sie mit Gretchen sympathisiren und sie reich und entzückt finden muß. Wie aber würde man ab sprechen, wenn man mit dem Gretchen im wirklichen Leben in Berührung käme; mit einem Gretchen, das noch lange nicht in solche unglückselige Verwicklungen und Verhältnisse gelangt wäre, wie das uns von unserm größten Dichter in rein menschlicher Verkörperung vorgeführte Opfer. Wie weit man da die Nase zu rümpfen, wie pharisaischen Hochmuth zu entfalten, wie brüsktet sich da die fatte und zahlungsfähige Moral, wie spricht man über solches „Geschöpf“, ab, gnädige Frau und gnädiges Fräulein fühlen sich in ihrer jacobinischen Neurostik höchst unangenehm berührt, und Frau Registrar und Frau Meisterin müssen es doch der gnädigen Frau und dem gnädigen Fräulein nachthun, weil es ja mit zur Feinheit gehört. „Der Menschheit ganzer Jammer sagt mich an.“ Es giebt des Glends gar so viel und noch mehr der Gedanken- und Empfindungslosigkeit, so daß die meisten vielleicht bei einzelnen Fällen aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt werden, aber in wenigen Minuten sich wieder beruhigen. Das Menschlichkeitsgefühl, das in dem Glend des Einzelnen der Menschheit ganzen Jammer erblickt und uns selbst als Mitleidende ergreift, zeigt man vielleicht, wo es in poetischer Verkörperung sich darstellt, wenn es als Göthe'sches Gretchen oder Correggio's bühnende Magdalene vorgeführt wird, aber nicht wenn wir dem Glend in der rauhen und nüchtern-prosaischen Wirklichkeit begegnen. Unsere Leser haben aus der gestrigen Nummer ersehen, daß am Sonnabend zwei Mädchen aus dem Anstaltshaus in Braunschweig gezogen worden sind. Sie hatten sich zusammengebunden und vereint das nasse Grab gesucht. Zwei Mädchen von 20 und 22 Jahren. Denkt Euch, von der verächtlichsten Sorte — Zingeltangellängerinnen, wie die „Landzeitung“ sie nennt. Kann man sich verwertlichere Kreaturen denken? Und zumal wenn solche Geschöpfe noch menschlich zu fühlen und zu denken sich unterfangen. Es eilte sie des Glends, das sie umgab, und noch mehr, da zu dem Glend sich noch zu ihnen gesellte das Licht auf eine bessere reinere Welt. Sie hatten noch ein Herz, in dem die Liebe ihre Stätte fand, und durch diese Liebe wurde ihnen erst recht ihre hoffnungslose Lage klar. Die Geliebten waren noch junge Köpfe; wo war da die Aussicht, aus ihrer Lage sich zu werden? Ueber kurz oder lang hätten die jungen Leute sich doch der gelenden Lebensklugheit fügen müssen. Da beschloßen die Mädchen ihrem Leben ein Ende zu machen; jede von ihnen schrieb noch einen Brief an ihren Geliebten, in dem sie ihren Empfindungen der Lebenshoffnungslosigkeit Ausdruck gaben. Die Wasser verschlingen sie und heute bede sie wohl bereits das Grab. Was ist da weiter? Die sind längst vergessen und die weilligen Leute sagen mit menschkopfbelicher kalter Gleichgültigkeit: „Es ist die Erste nicht.“ Aber es giebt auch noch Andere, die noch weiter gehen; die sich selbst einen Heiligenschein zu geben meinen, wenn sie so recht von oben herab auf die „Sünder“ herab blicken. „Da sieht man's; das kommt davon. Warum wollen die Mädchen nicht arbeiten? Ueberdies haben wir allerlei fromme Vereine, selbst für gefallene Mädchen; wir helfen den Gefallenen und zeigen ihnen den Weg zur Besserung.“ Wir kennen das! Wir kennen diesen Weg der Buße! Er ist die Erdichtung der menschlichen Natur, der menschlichen Lebensfreudigkeit; was da gerettet wird, ist meistens das, was im Himmel vielleicht sehr viel werth sein mag, aber auf Erden des Erhaltens kaum werth ist. Die Härte gegen den Nebenmenschen tritt besonders scharf hervor gerade unter den Frauen selbst und zumal in den feineren Kreisen. Wie ist man entzückt von der zermalenden Naivität der Komtette, des gnädigen Fräuleins, jener Naivität, wie sie in den Rollen für die jugendlichen Liebhaberinnen tausendfach dargestellt wird, aber anders ist es, wenn die Lebenslust und Lebensfreudigkeit sich in einem jungen Mädchen, vielleicht der Waise eines hochgestellten Beamten, die als Gouvernante oder in sonstiger Stellung ihr Unterkommen findet, an einem Gesellschaftsabend zeigt und die Tochter des Hauses in den Schatten stellt? Nein, mein Fräulein, das schickt sich nicht; Sie sind arm und abhängig und sollen sich stets Ihrer Stellung bewußt sein und doch Sie von unserer Gnade leben. Das ist das „benedictus verba“ Loos selbst eines Mädchens aus „guter“ Familie und von der „guten“ Gesellschaft protigut. — Daß zum Leben etwas mehr gehört, wie die bloße Nahrung und Kleidung, daß die Lebensfreudigkeit und Jugendfrische, das warme Herz und das lebendige Empfinden erst das menschliche Leben bilden, das wird den Armen gegenüber zu leicht vergessen. Warum haben die Mädchen nicht arbeiten wollen? Warum sind 16- und 17-jährige Mädchen nicht so eifrig Lebensanschauung wie die alte ehemalige Stiftdame, (die vielleicht mit ihrer Schwelgerei ebenso loletirt wie in ihren jüngeren Jahren mit den frischen Reizen ihrer Person)? Jungen Herren gegenüber, Kavaliere, Studenten, Affektoren, Heutenants u. s. w., gehört es zum guten Tone, auch unter sehr würdigen Damen, ihnen tausendlei Vergeben als „Jugendbhorheiten“ nachzusehen; aber über ein junges Mädchen, das kaum den Kinderstübchen entwachsen ist, da wird von den debaktesten Herren und Damen beim geringsten Vergeben der Stab gebrochen. Das Leben in den Fabriken und sonstigen weiblichen Arbeitsstätten ist nicht so lochend, daß junge, lebensfreudige Mädchen nicht leicht in die Versuchung kommen, sich demselben zu entziehen und in anderer Weise das Leben kennen zu lernen. Ist doch die Lage der weiblichen Arbeiter eine derartige, daß ein nur zu großer Theil den Versuchungen zum Opfer fällt. Was wird alles den jungen Herren zu gute gehalten? Der muß schon sehr Schlimmes begangen haben, wenn es ihm auf seinem Lebenswege hinderlich werden soll. Der kleinste Verstoß aber wird dem jungen Mädchen schon als unfähigsten Verbrechen angerechnet. Warum haben sich die beiden jungen Mädchen nicht an irgend einen der Rettungsvereine gewendet? Die „verworfenen Geschöpfe“ konnten sich gewiß nicht mit der Buße in Saß und Asche befrenden; sie träumten von einem Leben voll Lebensglück und Lebensfreudigkeit, voll Liebe und Sonnenschein, und da ihnen dies verlag war, wählten sie lieber den Tod. Wir leben in einer Zeit, in welcher so ungemein über die zu große „Humanität“ gellagel wird, wo man die Humanität als krankhafte Weichlichkeit betrachtet; wir sind nun aber unheilbar von dieser Humanität angekränkt und empfinden das Loos der Armen und angekränkt und empfinden das Loos der Armen und angekränkt als ganzen Jammer der Menschheit. Unsere Leser und Leserinnen mögen es und nicht zu übel nehmen, wir könnten sie ja von so vielem herrlich unterhalten, wir könnten ihnen von allen möglichen Karnivalsfestlichkeiten erzählen, wir könnten ihnen die Toiletten der Damen auf hoben und vornehmen Festlichkeiten schildern, welcher Kavaler diese oder jene Dame zum Tausch geführt, und andere ähnliche interessante Dinge ihnen aufzählen, wir vergessen aber dieses alles gegenüber dem Loos zweier gewöhnlicher Zingeltangellängerinnen.

Ueber Herrn Stöder und seinen Anhang finden wir in einem aussergewöhnlichen Blatte folgende beachtenswerthe Betrachtung: „Vor einigen Tagen ist Herr Stöder beim Verlassen eines Pferdebahnwagens gefallen und hat sich den Fuß verletzt. Diese Nachricht ist seit langer Zeit die erste, in der sein Name erwähnt wird, sie erinnert allein daran, daß der Stöder so vielgenannte Mann überhaupt noch existirt. Herr Stöder ist Mitglied des Reichstages — wer hörte je von ihm? Er steht an der Spitze der christlich-sozialen Partei in Berlin — was erinnert noch daran? Früher verging kein Tag, ohne daß man sich mit ihm beschäftigten mußte, heute ist es allein

ein so trauriger Anlag, der seinen Namen wieder in die Deffentlichkeit bringt. Nur in einer Rubrik begegnet man demselben noch hin und wieder; das ist in der Rubrik: „Gerichtssäle“. Der Redakteur N. N. ist wegen Beleidigung des Herrn Stöder freigesprochen.“ „Herr Stöder ist wegen Beleidigung des Herrn P. P. verurtheilt worden.“ „Herr Stöder hat gegen das ihn verurtheilende Urtheil Berufung eingelegt“ — das sind die eintägigen Reste der einstmaligen so unbegrenzten Herrlichkeit. Und nicht Stöder allein ist juristisch getreten, auch sein Berliner General Stabschef Vidensch hat die Klinte ins Korn geworfen. In einer jüngst stattgehabten Versammlung des deutschen Antisemitenbundes hat er feierlich auf einige Zeit Urlaub genommen. Das Erholungsbedürfnis machte sich bei ihm an dem Tage bemerkbar, an dem er in der Stadtverordnetenwahl unterlag. Was nützt ihm das schönste Ehrenprädicium in dem „Bunde“, wenn es ihn nicht einmal zu einem Vater der Stadt machen kann. Und so schüttelte denn Herr Vidensch sein Herz aus: „Als reicher Mann sei er in die Bewegung eingetreten, als armer Mann verlasse er sie. Zwar werde sein ganzes Leben den Aufgaben gehören, die ihn mit dem D. N. B. verbunden, aber ein- weilen müsse er sich zu seiner Erholung juristischem. Ubrigens waren seine persönlichen Verhältnisse niemals glänzende. Dieser Versuch, sich mit dem Nimbus der Uneigen- nützigkeit zu umgeben, sei glänzend durch. Auch unter seinen Anhängern weiß man das besser. Der Rück- gang der von Stöder geleiteten Bewegung begann mit den öffentlichen Gerichtsverhandlungen, in denen er, sei es als Zeuge, sei es als Angeklagter, zu erscheinen hatte. Seine Er- folge waren Pyrrhus'sche, seine Niederlagen geradezu zer- schmetternd. Sie trugen Verwirrung in die Reihen seiner An- hänger. Als gar die öffentliche Welt ihn fallen ließ, war es ganz mit ihm vorbei. Er wurde vorsichtig. Und da die Vorsicht ihn zwang, maßvoll zu sein, wurde er langweilig. Jetzt wirkte er ermüdend. Seine Versammlungen wurden leer. Es gab keine Zwischenfälle, kein Amüsement; die Blätter fanden nicht mehr zu berichten. Der letzte Akt hat begonnen, und bald wird es heißen: der Vorhang fällt, das Stück ist aus. Noch einmal hat man versucht, neues Leben hinein zu bringen, indem von Wien ein paar antisemitische Wanderrödrer herüber gekommen sind. Aber da sie gleichgültig starrisch gefimmt sind, so finden auch sie im Augenblick bei uns keinen Willkommen. Wie Sternschnuppen tauchten sie auf und verschwanden wieder. Niemand weiß, was aus ihnen geworden. Auch diese Haupt- und Staatsaktion war eine verfehlte.“

Gegen den Wittinhaber eines herrlichen Fabrikgeschäfts steht eine bemerkenswerthe Anklageerhebung in Aussicht. Ein Bruder des Betreffenden hatte bis gegen Weihnachten hieselbst ein Geschäft betrieben, dann dasselbe abgegeben und war zu seinem Bruder, dem jetzt Besuchsdienern gezogen; von diesem aus ist er alsbald aus Berlin verschwunden und hat seinen zahlreichen Gläubigern das Nachsehen gelassen. Diese erstatteten gegen den Bruder des Entflohenen die Anzeige beim Staatsanwalt, doch lehnte dieser, wie auch der Oberstaatsan- walt ein Einschreiten ab, auf die Beschwerde an das Kammer- gericht hat dieses die Erhebung der Anklage gegen den Dement- genannten angeordnet, weil der Verdacht vorliege, daß derselbe dem Entflohenen zur Flucht behilflich gewesen und sich dadurch der Begünstigung schuldig gemacht habe; hierbei sei es nicht nötig, daß er die Straftaten des Entflohenen genau kannte; inwiefern ihm dieselben bekannt waren und namentlich ob sie ihm in dem zur Strafbarkeit erforderlichen Maße bekannt waren, müsse durch die Untersuchung ermittelt werden.

Ein Wiener Casu, welches vor nicht langer Zeit mit verhängnisvoller Bracht Unter den Linden eingerichtet worden ist, wird, wie verlautet, mit dem 1. April d. J. wegen man- gelnder Frequenz eingehen. Das Bedürfnis nach derartigen Lokalen scheint doch endlich nicht mehr vorhanden zu sein.

Vereine und Versammlungen.

Das sinkende Schiff. Gewiß kennt ein Jeder die äußerst lehrreiche Fabel von den Ratten, die das Schiff verlassen und sich in Sicherheit zu bringen suchten; ein sicheres Zeichen dafür, daß das resp. Schiff dem sicheren Untergange geweiht ist. Diese Fabel hat im Leben die verschiedenste An- wendung erfahren und an sie wurden wir auch unwillkürlich erinnert durch die außerordentliche Generalversammlung der Berliner Tischler, welche Herr Krug — Mitglied der verstorbenen Zentral-Tischlerkommission — mit der Tagesordnung: „Die für Gemafregelung errichtete Werkstelle und die Geschäftshandhabung in derselben“, im Namen der in derselben beschäftigten Arbeiter am 17. März nach Keller's Gesellschaftshaus eintraten. Eine große Anzahl Tischler war erschienen, und diese brauchten ihr Erscheinen nicht bereuen, denn ihnen wurde die Genug- thung zu sehen und zu hören, daß dasjenige, was sie schon lange vorausgesehen und vorausgesagt, sich mit Unwidersteh- licher Macht zu vollziehen beginnt, nämlich der Zusammenbruch der letzten Ueberreste der „Rödel'schen Tischlerkommission“. Auch die letzten Pfeiler, auf welche das schwächliche Gebäude sich noch stützte, sind umgefallen und ein Bindhauz kann über Nacht auch noch die letzten Spuren verwehen. Die Kommissions- mitglieder lehnen sich in corpore gegen ihren Herrn und Meister auf! Welch Schauspiel! Aber ach, ein Schauspiel nur! So erfreulich diese Thatfache an sich auch ist, so bedauerlich ist es doch hinwiederum, daß es der vorliegenden Notioe be- durfte, um sie zum Abfall zu bewegen. Eine schöne Rolle war es nicht, welche diese Herren auch am Abend des 17. März vor der Deffentlichkeit spielten, als sie mit Denunziationen gegen den „Geschäftsführer“ der Werk- stelle hervortraten. Nur weil sie zu der Ueberzeugung ge- kommen, versicherte der Referent, Herr Klose, daß die be- stehende Mitbewirtschaftung nicht weiter bestehen könne, seien sie veranlaßt, vor die Deffentlichkeit hinzutreten und den Berliner Tischlern — ein unnötiges Beginnen — die Augen zu öffnen über die Werkstelle, um ihnen zu sagen, daß dieselbe mit einer ganz bedeutenden Unterbilanz arbeite und die Berliner Tischler zu veranlassen, Hand auf die Werkstelle zu legen, um zu retten, was etwa noch zu retten ist. Sie selber suchten sie reinzuwaschen von aller Mitschuld durch die Angabe, daß sie nichts weiter waren, als lediglich Arbeiter, ohne jeden Einfluß auf die Geschäftsführung und auch ohne jede Kenntniss derselben. Der Kaufkontrakt laute auf den Namen des Herrn Rödel, der Mietkontrakt laute auf den Namen des Herrn Rödel; derselbe sei ungelassener Herr und Meister in der Werkstelle. Sehr treffend bemerkte Herr Schaar, daß der Referent nicht hätte um den Berg herumzugehen brauchen, es wisse ja doch ein Jeder, daß das was sie nunmehr abgeschüttelt habe und daß sie nur aus diesem Grunde mit Anklagen gegen ihr Oberhaupt hervortreten, in der Hoffnung, daß die Berliner Tischler sich ihrer annehmen würden. Darin hätten sie sich aber getäuscht — und sie haben sich thatsächlich getäuscht — denn die Versammlung wandte sich mit Entrüstung von ihnen ab, um so mehr, als durch den weiteren Verlauf der Debatten Dinge zu Tage gefördert wurden, die jedes Rechtsgefühls auf das Äußerste empören mußten. Ein Wunder war es nicht, daß sich diese Empörung in den schärfsten Worten, in der vernichtendsten Kritik, in der Vorführung des Sündenregisters der bekannten Personen Luft machte, und namentlich Herr Hubel war es, der in wahrhaft ergreifenden Worten über Herrn Klose den Stab brach. Wir haben uns immer gewünscht, den Mann zu sehen, wie er da- sich auf den Trümmern Raithago's, — jetzt wünschen wir es nicht mehr. In beherzigender Weise ermahnte er jeden, sich einer festen zielbewußten Arbeiterorganisation anzuschließen. Die Versammlung lehnte es mit Entschiedenheit ab, irgend etwas in dieser Sache zu thun, überließ es vielmehr der bestehenden

Revisionskommission, ihr Amt zu Ende zu führen und Herrn Rödel mit der Werkstelle zu machen, was er wolle. Zu holen sei doch nichts mehr. Daß aber auch das letzte Haupt der Hydra bald falle, dafür werde gesorgt werden. Mit einem Hoch auf die Fachorganisation der Tischler schloß die Ver- sammlung.

Als drei imposante Massenversammlungen der Ber- liner Maurer fanden in Sachen der Lohnbewegung am Mittwoch, den 17. d. Mts., Abends, gleichzeitig in drei der größten hiesigen Lokale, auf „Tivoli“ am Kreuzberg (für den Süd- und West-Bezirk), in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112 (für den Nord-Bezirk), in „Buck's Salon“, Frankfurterstr. 87 (für den Ost-Bezirk) statt. Eine jede dieser Versammlungen war äußerst zahlreich, bis zur Ueberfüllung aller Räumlich- keiten, besucht und fast überall konnte ein Theil der zu dem Meeting herbeigeströmten keinen Einlaß mehr finden. Im Ganzen haben nahe an 8000 Berliner Maurer den Versam- lungen beigewohnt. Der Zutritt zu denselben war nur Mau- rern, die sich als solche legitimiren konnten, gestattet und die scharf gehandhabte Kontrolle über den Einlaß — als Legiti- mation galt ausschließlich das Krankenloosenbuch — ermöglichte zugleich einen verlässigen Ausweis über die Zahl der Theil- nehmer. Hierauf war die Versammlung auf „Tivoli“ von 4013, die in der „Tonhalle“ von 2383 und die in „Buck's Salon“ von 1411 Maurergesellen besucht und besel sich die Gesamtzahl der Theilnehmer an allen drei Versammlungen genau auf 7807. Auf „Tivoli“ erstattete Herr Behrend, inf der „Tonhalle“ Herr Wille und bei Buck Herr Blaurod Verich- über den neuesten Stand der Frage in Betreff des Verhand- lungsmodus zwischen der bestehenden Meister-Lohnkommission und einer Gesamtvertretung der Gesellenchaft in Sachen der Lohnfrage u. c. Dabei war zu konstatiren und wurde von sämtlichen Referenten betont, daß die Lohnkommission der Meister die bestehende Einundzwanziger-Gesellen-Lohnkom- mission, d. h. die unlängst mit Rücksicht auf die Einwände der Meister-Lohnkommission auf einundzwanzig Mitglieder ver- stärkte, frühere Meister-Lohnkommission der Maurer noch immer nicht als verhandlungsfähig resp. als richtige Ver- tretung der gesammten Gesellenchaft anerkannt hat und nach wie vor auf ihrem unzulänglichen Standpunkte verharrt, wo- nach alle Krankenloosen, Körperschaften und Vereinigungen der Maurer und Beyer für je 100 ihrer Mitglieder einen Ver- treter wählen sollen. Dieser Vorschlag der Meister wurde unter eingehender, schon aus früheren Versammlungen und Versammlungsberichten bekannter Motivirung, als „reich an Widersprüchen und unzulänglichkeiten der verschiedensten Art“ charakterisirt und zurückgewiesen. Ferner wird man darauf hin, daß der Vorschlag zur wechselseitigen Verhandlung zwischen den Baugeschäftsinhabern bezw. Meistern und Gesellen nicht, wie die Meister-Lohnkommission behauptet, von den Meistern, sondern von den Gesellen ausgegangen sei, die schon im Juni 1885 und in dem im Dezember v. J. an sämtliche Berliner Baugeschäftsinhaber versandten Circular (durch die darin mit- getheilte Resolution der betreffenden kurz vorher stattgehabten Generalversammlung der Berliner Maurer) solche Verhand- lungen den Meistern vorgeschlagen hätten. Endlich wurde u. a. noch eine irrtümliche Behauptung der Meister-Lohn- kommission richtig gestellt bezüglich der ersten am 21. Februar d. J. im „Ruhbau“ in der Krausenstraße abgehaltenen Kon- ferenz zwischen der Meister-Lohnkommission und verschiedenen von ihr dazu eingeladenen Mitgliedern diverser Vereinigungen und Körperschaften der Berliner Maurergesellen. Dieser Ver- richtigung zufolge waren und sind die an jener Konferenz be- theiligt gewesen Gesellen nicht, wie die Meister jetzt meinen, als eine Vertretung der Berliner Maurergesellen zu betrachten und zwar aus keinem anderen Grunde, als weil sie von der Meisterkommission persönlich dazu eingeladen, nicht aber von der Gesamtheit der Gesellenchaft zu Vertretern derselben gewählt waren. Eben deshalb konnten, so wurde betont, die Erklärungen und Beschlüsse jener Konferenz vom 21. Februar für die Ge- samtheit der Gesellenchaft keinerlei bindende Kraft haben und habe die Meister-Lohnkommission damals auch nicht versäumt, sofort dagegen zu protestiren. Die Diskussion war in allen drei Versammlungen eine sehr animirte und in der Hauptsache durch- aus übereinstimmende. Abendhalben sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß an ein weiteres Mäßen und Freisich hinsichtlich der geeignetsten Vertretung der Gesamtheit der Berliner Maurer für die Verhandlungen mit der Meister-Lohn- kommission über die diesjährigen Arbeitsbedingungen unter- nehmen Umständen zu denken, vielmehr die Gesellenchaft fest entschlossen sei, an der jetzigen Einundzwanziger-Lohnkommission der Berliner Maurer unverzüglich festzuhalten. Als die allein maßgebende und allen unerwäglichen Anforderungen an eine Gesamtvertretung entsprechende Körperschaft sei diese Lohn- kommission einfach deshalb anzuerkennen, weil sie von einer allgemeinen öffentlichen Generalversammlung der Berliner Maurer, von welcher jeder Berliner Maurer Kenntniss haben konnte und zu welcher ein Jeder Zutritt hatte, gewählt worden ist. In diesem Sinne wurde auch in allen drei Versam- mlungen einstimmig resoluirt. Schließlich haben wir vor Mit- theilung einer jener Resolutionen nur noch von einem kleinen Intermezzo Notiz zu nehmen, welches, als die Versammlung bei Buck in der Frankfurterstr. nach ungefähr einunddreißigstün- digiger Dauer und nach Erledigung ihrer Aufgabe obnehin ihrem Ende nahe war, den immerhin etwas betretenden unwillkürlichen Schluß derselben bildete. Unfähig einiger, uns sehr harmlos erscheinender Aeußerungen des Referenten in seinem Schlusswort nämlich der über- wachende Polizeibeamte unter Hinweis auf den bekannten § 9 des Sozialistengesetzes die Versammlung auf, die sich dann unter stürmischen Hochrufen auf den Sieg der gerechten Sache in allerbesten Ordnung trennte. Die in der Versam- lung in der „Tonhalle“ gefasste Resolution, mit der alle übrigen, in anderen Versammlungen ebenfalls einstimmig angenommenen Resolutionen dem Sinne nach völlig übereinstimmen, lautet: „Die heutige u. c. Generalversammlung der Berliner Maurer beschließt erstens, in Erwägung, daß die am 28. Februar in der „Tonhalle“ von uns gewählte Kommission, welche mit der Meister-Lohnkommission, über Lohn- und sonstige Arbeitsbedin- gungen verhandeln soll, unser volles Vertrauen besitzt, von einer nochmaligen Wahl Abstand zu nehmen; zweitens erkennen wir die nochmalige von uns bestellte Kommission als die alleinige und wahre Vertretung der Maurer Berlins und Um- gegend an; drittens stehen wir einer friedlichen Lösung unserer brennenden Lohnfrage sympathisch gegenüber und eruchen wir die Meister-Lohnkommission bald und endlich in die geplanten Verhandlungen mit unserer oben erwähnten Kommission ein- zutreten.“ Wir können und wollen dem nichts hinzufügen, als daß wir unseren Bericht über die stattgehabte imposante Kundgebung der Berliner Maurer mit dem Wunsch schließen, die betreffenden Baugeschäftsinhaber und Meistertheile schließe, so lange es noch nicht zu spät ist, dem im dreifachen Punkt der oben mitgetheilten Resolution ausgesprochenen Ersuchen der Berliner Maurer die verdiente Beachtung schenken.

Der Fachverein der Metallarbeiter, Facon- dreher und Berufsgenossen Berlins hielt am Sonntag in Weid's Lokal, Alexanderstr. 31, eine zahlreich besuchte General- versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht über den Streik bei der Firma Schaal, Woz u. Co., Stallschreiberstr. 59. 2. Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Prinzipalen in Bezug auf den Minimal-Lohnsatz. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende Herr Jakob machte zunächst darauf aufmerksam, daß in dem Bericht über die außerordent- liche Versammlung bei Woblschütz der Name Reuter als der des Vorsitzenden genannt worden sei, dieses sei ein Irrthum des betreffenden Leitungsberichterstatters, da er (Jakob) der Vorsitzende gewesen sei. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erklärte hierauf der Vorsitzende, daß vorläufig der Streik bei der

genannten Firma fortbesteht. Da die Firma jedoch den Minimallohn tarif anerkannt habe und es sich nur noch um einige Formalitäten handle, werde er (Redner) mit derselben in Unterhandlung treten, um den Streit zu Gunsten der Streitenden zu beenden. Zu Punkt 2 machte der Vorsitzende bekannt, daß in der Kommissionsitzung vom Sonnabend die Fabrikanten einige Umänderungen des Minimallohntarifs vorgeschlagen hätten, z. B. zu § 1: „Junge Leute, welche die Schrauben- resp. die Facondreherer erlernen wollen, haben eine dreijährige Lehrzeit durchzumachen und erhalten dieselben im ersten Jahre 7.50 M. Lohn, im zweiten Jahre den halben Akkordpreis der älteren Arbeiter, im dritten Jahre zwei Drittel des Akkordpreises.“ § 2 und 3 des alten Minimallohntarifs fällt fort. § 4 soll lauten: „Schrauben- und Facondreher, welche länger als 3 Jahr im Berufe thätig sind, erhalten einen Lohn von 21—24 M.“ § 5 soll lauten: „Die Preisbestimmung für Akkordarbeiten bleibt den Arbeitgebern überlassen, jedoch darf der Wochenverdienst nicht unter 21 M. betragen.“ § 6: „Sonntagsarbeit findet nur in dringenden Fällen und bei solchen Arbeiten, welche zur Instandhaltung des Betriebes erforderlich sind, statt. Ueberstunden werden auch nur in den dringenden Fällen gemacht. — Diese Paragraphen sind jedoch noch nicht als feststehend zu betrachten, dieselben wären vielmehr nur als Vorschläge der Fabrikanten zu betrachten, deren Annahme oder Abweisung ganz in Händen der Versammlung läge. An der Diskussion zu § 1 beteiligten sich die Herren Jakob, Hirsch, Gorn, Stimmer und Hecht für die das Lehrlingswesen betreffenden Bestimmungen, Herr Zimmermann sprach dagegen, bei der Abstimmung wurde der § 1 nach Vorschlag der Fabrikanten mit großer Majorität von der Versammlung angenommen. Auch § 4 wurde, da derselbe mit dem Minimallohn tarif der Arbeiter übereinstimmt, mit Majorität angenommen. § 5 wurde mit dem Besatze: „In streitigen Fällen entscheidet ein Schiedsgericht, welches aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammen-gesetzt ist“, angenommen. § 6 wurde dahin abgeändert, daß Sonntagsarbeit mit Ausnahme der zu Instandhaltung des Betriebes dringenden erforderlichen überhaupt nicht stattfinden darf, und daß bei Ueberstunden 25 pSt. Zuschlag zu dem Durchschnitts-Akkord-Verdienst von den Fabrikanten gezahlt werden muß. Nachdem der Vorsitzende bekannt gemacht hatte, daß in der nächsten Versammlung das Resultat der nächsten Kommissionsitzung zwischen Fabrikanten und der Kommission der Arbeiter bekannt gemacht werden wird, theilte der Redner Herr Müst mit, daß er sein Amt wegen anderweitiger Ansprüche, die an ihn gestellt würden, niederlegen müsse. Für denselben wurde Herr Weber als Vizepräsident ernannt. Nachdem die Versammlung Herrn A. Müller eine Unterstützung zuerkannt hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

* Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen hielt am Sonnabend, den 13. März, im oberen Saal der Grauhallen seine Mitglieder-Versammlung, in welcher Herr Gany einen Vortrag über natürliche Gesundheitspflege hielt. Redner behauptet, daß die Ansicht verbreitet sei, wenn jemand krank sei, so müsse etwas „eingenommen“ werden und daß die Krankheitsursachen auch die Zahlung von Unterstützung von dem Einnehmen von Medizin abhängig machen, wiewohl sie auf die Dauer dabei nicht zahlungsfähig bleiben könnten. Unser Körper sei mit einer Maschine von unendlich viel feinen Theilen und Rädchen zu vergleichen, wozon ein das andere harmonisch unterstützt; krank sein, heiße Störung dieser Harmonie und habe dies meistens seinen Grund darin, daß wir unsern Körper nicht genug beobachten. Aber auch durch Ueberanstrengung könne Krankheit eintreten und sei die Forderung eines Normal-arbeits-tages nur das Produkt der Naturgesetze, nach welchem Prinzip sicher auch der Sonntag entstanden sei. Auch die un-gesunde Luft schlecht ventilirter Arbeitsräume habe Schuld an den häufigen Lungenkrankheiten der Arbeiter. Eine große Hauptsache gesund zu bleiben, sei die Reinlichkeit und könne hier nicht zu viel gethan werden. Als Getränk sei eben Wasser auch gutes Bier zu empfehlen, ein Be-dürfnis des Körpers nach Branntwein sei nicht vor-handen. Redner will der vegetarischen Lebensweise nicht das Wort reden. Der eine besitze dabei ganz gut, andere sind dabei zu Grunde gegangen und hält die gemischte Diät unter Vermeidung aller scharfen Gewürze für die beste. Zu heiß essen sei sehr schädlich, denn dabei werde vieles ganz verschluckt und es entsäure hieraus eine ganze Reihe von Magenkrank-heiten. Die Naturheilmethoden schätze alle Medizinen aus, ihre Mittel sind Abreibungen, Umschläge, Bäder u. s. w., durch die-selben sind Scharlach, Masern und Pocken in wenigen Tagen ohne Nachkrankheiten geheilt. Eine Berliner Ordilade erkenne bereits den Vortragenden als ihren Arzt an. Redner wünschte, daß namentlich die freien Hilfskassen der Sache näher treten und dieselbe prüfen möchten. Er forderte zum Schluß die An-wesenden zum Beitritt in den Verein für vollständige Gesundheitspflege auf. In der antimilitarischen Diskussion, an welcher sich die Herren Schulz, Eggert, Prinz u. A. beteiligten, wurden auch Zweifel ausgesprochen. Herr Gany erwiderte, daß er nicht erwarte Jeden gewonnen zu haben, nur bitte er

die Sache zu prüfen, durch die praktischen Erfolge werde man sich am besten überzeugen. Nachdem noch einige Untersuchungs-anträge erledigt waren, ersuchte Herr Eggert, welcher den Ar-beitern nachweist, daß diejenigen Kollegen, welche Arbeit nachgewiesen erhalten, ihm auch schriftlich oder mündlich mit-theilen möchten ob sie die Arbeit angenommen haben oder nicht. Am Sonnabend, den 20. d. M., hält der Verein in den Bürgerhäusern, Dresdenerstr. 96, einen Wiener Masken-ball ab.

Professor Ludwig Büchner, der Vorsitzende des deut-schen Freidenkerbundes, sprach Mittwoch Abend im großen Saale von Bürgenbagen über „religiöse und wissenschaftliche Weltanschauung“. Der Vortrag war vom hiesigen Freidenker-verein „Leffing“ arrangirt; die zahlreiche Zuhörerschaft legte sich aus allen Gesellschaftsklassen zusammen. In dichtgedräng-ter Form gab der Redner in seiner bekannten populären Dar-stellungsweise einen Ueberblick über den seit Jahrtausenden to-benden Kampf zwischen Glaube und Wissenschaft. In An-lehnung an Feuerbach hob Büchner hervor, daß die Furcht der Aus-gangspunkt aller Religionen sei. Diese Furcht des geistig und moralisch noch unentwickelten Menschen vor den ihm un-begreiflichen Naturgewalten habe die Religion stets benützt, um darauf ihr Lehrgedäude des Glaubens aufzurichten. Die Wissenschaft dagegen suche diese Furcht dem Menschen dadurch zu nehmen, daß sie ihn über die natürlichen Ursachen der ihm noch unbekanntem Erscheinungen aufkläre. Die Religion also stütze sich auf die Unwissenheit und die daraus entspringende Furcht, suche also grundsätzlich diese Mängel zu erhalten, wäh-rend die Wissenschaft den Menschen geistig und moralisch frei machen wolle. Den Kampf dieser beiden Anschauungen und Geisteskräfte verfolgte nun der Redner durch die griechische und römische Philosophie, bis durch das neu entstehende Christen-thum derselbe zu Gunsten des Glaubens durchge-fochten und die Wissenschaft fast gänzlich nieder-gezwungen wurde. Selbst die Reformation, welche statt einer geistigen und materiellen Befreiung der Menschheit die alte Unbuddsamkeit der katholischen Kirche in ein anderes Gewand gekleidet, habe der Wissenschaft durch-aus nicht die ihr gebührende Herrscherstellung ermögliehen können. Dies sei erst geschehen durch die im vorigen Jahr-hundert beginnende Aufklärung, der sich das moderne Frei-denkerthum als berechtigter Nachfolger anschloß. Zum Schluß beleuchtete Redner mit einigen wenigen Worten die Konse- quenzen des Freidenkerthums, welches nicht stehen bleiben solle bei der einfachen Aufklärung, sondern als letztes Ziel die Be-hältigung seiner Lehren in der allgemeinen Humanität suchen müsse. So bestzhe die eigentliche (praktische) Religion des Freidenkers in dem Streben nach „Freiheit, Bildung und Wohlfahrt für Alle.“ — Diese wohl zu beachtenden Worte Büchners sollten nun allerdings auch Gemeingut der deutschen Freidenker werden, indem sie besonders auf den Schluß „für Alle“ den gehörigen Nachdruck legen möchten. Vielleicht ist es denselben auch möglich, zur Bekräftigung der „Bildung für Alle“ Herrn Prof. Büchner zu einem Vortrage zu veranlassen, zu dem der Eintrittspreis etwas niedriger festgesetzt werden könnte, als zu dem eben besprochenen Vortrage.

* Eine öffentliche Versammlung der Dachdecker, von 300 Gesellen besucht, tagte am 12. d. M., in Sahm's Lokal, Annenstr. 16. Die Tagesordnung lautete wie folgt: 1. Wie verhalten wir uns den Beschlüssen der Meister gegenüber, be-züglich unseres Lohn tarifs und wie bestzigen wir unsere Organi-sation? 2. Verschiedenes. Der Vorsitzende berichtete über die Beratungen der Meister, die auf dem Verbandstage verhandelt worden sind. Sein Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute tagende öffentliche Versammlung der Dachdecker Berlins und Umgegend erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und wird mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dafür eintreten, den im Lohn tarifs aufgestellten Lohnsatz zu erlangen.“ Ferner wurde wie folgt resolvirt: „Die Gesellen beabsichtigen künftig durchaus keine Ueberstunden- und Son-natagsarbeit mehr leisten zu wollen, falls nicht für jede Ueber-stunde 60 Pf. und am Sonntage pro Stunde 75 Pf. gezahlt werden. Ueber acht Stunden soll des Sonntags überhaupt nicht gearbeitet werden. Auf diesem Wege glaubt die Ver-sammlung die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit allein be-seltigen zu können. Die Beschlüsse werden den Meistern zuge-schickt.“ An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Hanke, Wengler, Jacob, Müller, Bregel, Keller und Feuerstein, die sich sämmtlich im Sinne des Referenten und für die Resolution aussprachen. Die letzten Beschlüsse sind mit allen gegen eine Stimme angenommen worden. Zum Schluß wurde das Unter-stützungsgebet einer Frau, deren Mann in der Irrenanstalt zu Dalldorf sich befindet, dahin erledigt, daß eine Zellerammung für dieselbe veranstaltet wurde. Schluß der Versammlung Nachts 12 Uhr.

Der Fachverein der Rarmor- und Granitarbeiter hielt am 14. d. M. eine außerordentliche Versammlung ab in Deigmüllers Salon, Alte Jakobstr. 48a, um über weitere Schritte in Betreff der Lohnregulirung zu beraten. Auf das vor einiger Zeit an die Arbeitgeber gerichtete Gesuch war eine

Antwort eingegangen, in welcher mitgetheilt wurde, daß in nächster Zeit eine Kommission der Arbeitgeber mit der vom Verein gewählten Kommission in Verhandlung treten soll. Der Vorsitzende, Herr Böhling, berichtete, daß ihm mitgetheilt worden sei, die Fabrikanten hätten den Tarif in seiner jetzigen Fassung rund abgelehnt. Es wurde hierauf der Tarif einer nochmaligen Prüfung unterzogen und die Kommission dahin autorisirt, nach ihrem Ermessen die Positionen festzusetzen. Herr Knorr verlas nun das von einigen Mitgliedern ausgearbeitete „Regulativ über Krankenunterstützung und Unterstützung an Hilfsbedürftige“. Demnach sollen auch Kollegen unterstützt werden, welche nicht dem Verein angehören. Der hierzu erforderliche Fonds soll durch einen wöchentlichen Beitrag aufgebracht werden. Die Herren Baum, Jickel und Hertel sprachen sich entschieden gegen dieses Projekt aus. Herr Hofmann führte an, daß ein solches Projekt auch vom Fach-verein der Steinmeger aufgestellt war, die Behörde aber den Bescheid gab: „zu einer derartigen Unterstützungs-kasse brauche man die Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.“ Um nun diesen Formalitäten aus dem Wege zu gehen, hätten die Steinmeger beschlossen, an Hilfsbedürftige Unterstützungen zu zahlen, welche jedoch durch freiwillige Bei-träge aufgebracht werden. Diese Mittheilung fand allgemeinen Beifall. Darauf wurde beschlossen, an kompetenter Stelle Er-läuterungen einzuziehen, event. vorgenannte Einrichtung einzu-führen. Zwei Mitglieder, welche bei Vanelli u. Komp. in Arbeit getreten waren, also gegen den Vereinsbeschlus gehandelt haben, wurden ausgeschlossen. Für ein krankes Mitglied wurde am Schluß der Versammlung eine Zellerammung veranstaltet.

Große Volks-Versammlung am Freitag, den 19. März, Abends 8 Uhr, in Donath's Lokal, Alt-Modstr. 89-90. Tagesordnung: 1. Das Wahlgesetz zum Deutschen Reichst-age. Referent: Reichstags-Abgeordneter Herr B. Hansen-clever. 2. Diskussion. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben.

Große öffentliche Eisenbahn-Arbeiter-Versamm-lung am Freitag, den 19. März, Abends 9 Uhr, in der „Urania“, Brangelstr. 9-10. Tagesordnung: Die Lage der Eisenbahn-Arbeiter. Referent Herr Rördel. Arbeiter anderer Branchen haben Zutritt.

Öffentliche Versammlung des Fachvereins sämmtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter Sonntag, den 21. d. M., 10 1/2 Uhr, Köpnickestr. 153. Tagesordnung: Vortrag, Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

Große Volksversammlung am Freitag, den 19. März, Abends 8 Uhr, in Donath's Lokal, Alt-Modstr. 89-90. Tages-ordnung: 1. Das Wahlgesetz zum Deutschen Reichst-age. Referent Herr Reichstags-Abgeordneter Hansen-clever. 2. Diskussion.

Fachverein der Tischler. Dienstag, den 23. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordans Salon, Neue Grünstr. 23, außer-ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Die Ver-sägung des lgl. Polizeipräsidenten, betreffend Abänderung der §§ 14, 3 und 5 des Vereinsstatuts oder Nachsuchung der staat-lichen Genehmigung des Statuts auf Grund der Bestimmungen des § 360 des Strafgesetzbuchs. 2. event. Aenderung des Statuts. 3. Bericht der Sachkommission in Sachen Adermann. 4. Ausgabe der statistischen Fragebogen. 5. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufge-nommen.

Der deutsche Privatbeamten-Verein (Zweigverein Berlin II), dem auch Kaufleute, Lehrer u. s. w. überhaupt alle im Privat- und öffentlichen Dienst Angestellten beitreten können und dessen Bestreben — wie schon früher erwähnt — dahin geht, die Zukunft seiner Mitglieder und deren Familien durch Versicherung gegen Krankheiten und Sterbefälle, sowie durch eine Unterstützungs-Wittwen- und Mitgliederpensions-kasse zu stellen, hält am Freitag, den 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in der Schullheiß'schen Brauerei, Alte Jakobstr. 24, eine Versammlung ab, zu der jeder Interessent freien Zutritt hat und in welcher weitere Auskunft gern ertheilt wird. Sta-tuten des Vereins und seiner Rassen können daselbst, oder auch direkt vom Vorsitzenden des Vereins Herrn G. Steul, S. Oilschinerstr. 66, bezogen werden.

Briefkasten der Redaktion.

F. S. Ein Postler, welcher den von ihm engagirten Ar-beitern anstatt des baaren Lohnes Marken giebt, welche zur Entnahme von Speisen oder Getränken von einem Dritten (Publikum oder dergl.) berechtigen, macht sich damit eines Ver-gehens gegen § 115 der Gewerbe-Ordnung schuldig. Ob der Postler von dem Publikum eine Provision oder irgend welchen Entgelt bezieht, kann zwar für die Höhe des Strafmaßes von Einfluß sein, für die Strafbarkeit selbst ist es gleichgiltig. So hat auch das Reichsgericht in einem ganz gleichlegendem Falle entschieden.

A. S. Die wechselseitige Verpflichtung des Akzeptanten eines gezogenen, sowie des Ausstellers eines eigenen Wechsels verfährt in 3 Jahren vom wechselseitigen Verfalltage ab.

Theater.
Freitag, den 19. März.
Obernhaus. Siegfried, Musikdrama in drei Akten von Richard Wagner.
Schauspielhaus. Uriel Acosta, Trauerspiel in 5 Akten von C. Guplow.
Deutsches Theater. Antigone.
Wallner-Theater. Gastspiel des Herrn Ernesto Rossi. Der Königsleutnant.
Kesslers Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. 3 Akte.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Hugenottenbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiel und 3 Akten von Jakobson und Wilten.
Louisenstädtisches Theater. Abrocadabra.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Victoria-Theater. Messalina.
Offenb-Theater. Der Leiermann und sein Pfingelind.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852]
Kaiser-Panorama.
U. Abth.: Amerika, Kali-fornien, Baden-Heidelberg, Konstant, Wiesbaden u. Ostba-Reise, a. Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

Alhambra-Theater.
Wallnertheaterstraße 15. [851]
Deute und folgende Tage:
Der Dämon des Spiels.
Volkschauspiel mit Gesang in 4 Akten.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Tage haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.
August Küfel
zum heutigen Tage ein donnerndes Hoch, daß die ganze Bergstraße Kopf steht!
Hoffentlich wir er's nicht umsonst verlangen.
1034] Ein Schleifinger.
Große Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Former und verwandten Berufsgenossen am Sonntag, den 21. März, Vorm. 10 Uhr, in Brieger's Salon, Wassertorstr. 68. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion. Ver-schiedenes. Rassenbericht. Fragekasten. — Gäste willkommen. — Neue Mitglieder werden auf-genommen. 1037

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik
A. Schulz, Wassertorstr. 34 (auch Theilzahlung). **Recke Waar garantiert.**
Reine Möbel- und Polster-Waaren-Fabrik befindet sich jetzt nur Jerusalemstr. 65, nahe der Lindenstraße.
Georg Haake, früher Oranienstr. 85/86.
Öffentliche Versammlung des Fachvereins sämml. an Holzbear-beitungs-Maschinen beschäft. Arbeiter Sonntag, den 21. d. M., 10 1/2 Uhr, Köpnicke-str. 153. L.-D.: Vortrag, Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. [1022]
Vereinig. deutscher Stellmacher (Mitgliedschaft Berlin). Sonnabend, den 20. März, Abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Erstwahl des Kassirers. 3. Verschiedenes u. Fragekasten. 1036] Die Ortsverwaltung.
Verein der Sattler u. Sattler-Mitglieder-Versammlung in Grauhallen, Kommandantenstr. 77-79. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme der Tischler- und Kofferarbeiter zur Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. [1038]
Eine möbl. Schlafzelle zum 1. April z. verm. Mariannenstr. 7, Hof 1. 2. Aufg. 2 Tr. bei Wagnitz. [930]
Eingelne Masken-Garderobe verleiht [930]
Roßstraße 31, Hof 3 Tr.